

# Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 20, Kreuzberger Straße 60, Fern-  
sprecher 400 89, Postfachkonto Breslau  
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Borch-  
haus), Fernsprecher 439 02. Spezialteil der Redaktion: Montag bis  
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsrand: Breslau. — Bez-  
ugs: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Kreuzberger  
Straße 60, Fernsprecher 400 89.

**SPORT** Heute:  
**VOM SONNTAG!**

Erste Seite: 60 Pf.  
Zweite Seite: 60 Pf.  
Dritte Seite: 60 Pf.  
Vierde Seite: 60 Pf.  
Fünfte Seite: 60 Pf.  
Sechste Seite: 60 Pf.  
Siebte Seite: 60 Pf.  
Achte Seite: 60 Pf.  
Neunte Seite: 60 Pf.  
Zehnte Seite: 60 Pf.

SAP.-Arbeiter rufen zur Wahl von Kommunisten auf / Siehe 2. Seite

## Nazi-Feuerüberfall auf Düsseldorfer Parteihaus

Arbeiter schlugen schwerbewaffnete SA-Trupps zurück — Reichsbannerarbeiter und Kampfbandkameraden im gemeinsamen Abwehrkampf — Mordüberfall auf führende Funktionäre — Klassengenossen im Betrieb und auf der Stempelstelle! Eure Antwort: Überall roter Massenselbstschutz!

Düsseldorf, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Mordpläne der Nazibanden wurden heute abend bereits durch einen heimtückischen Feuerüberfall der Nazibanditen auf das Parteihaus bestätigt.

Kurz nach 11 Uhr erschienen einige Nazis, um die Lage für den vorbereiteten Überfall auszukundschaften. Als sie sahen, daß eine Gruppe Arbeiter vor dem Hause stand, zogen sie wieder ab. Kurz darauf erschien ein Polizeikommando und säuberte die Straße von den Arbeitern, um sofort wieder zu verschwinden.

Kaum 10 Minuten darauf erschienen pistolenbewaffnete Nazibanditen in Stärke von 70 Mann und eröffneten vor dem Parteihaus von zwei Seiten das Feuer auf die Fenster und auf die Arbeiter. Die Arbeiter warfen sich sofort der Uebermacht entgegen, wobei es zu einem schweren Zusammenstoß kam. Sieben Arbeiter wurden verletzt, davon zwei durch Messerstiche schwer.

Die Nazis ergriffen die Flucht, als durch die Schüsse eine größere Anzahl Arbeiter alarmiert wurde. Polizei war während des Überfalls nirgends zu sehen. Sofort nach dem Überfall eilten auch zahlreiche Reichsbannerarbeiter herbei und stellten gemeinsam mit dem Kampfband die Verhinderung für die Wache. Die Nazis verschwanden nach dem Überfall sofort aus dem Stadtteil. Die Schüsse wurden aus Armeepistolen abgegeben, wie die später Eintreffende Polizei zugeben mußte. Die Polizei ging aber mit dem Gummitrappel gegen die Arbeiter vor.

Als die empörten Arbeiter fragten, warum die Polizei des Zentrumspolizeipräsidenten Lange nicht bei dem Überfall eingegriffen hätte, erklärte ein Polizeioffizier: „Die Polizei hatte heute Urlaub.“

Wenige Stunden nach dem Überfall saufte ein Motorrad am Parteihaus vorbei und gab zwei Schüsse auf zwei aus dem Parteihaus kommende führende Funktionäre ab, die jedoch nicht trafen.

Die bei dem ersten Überfall benutzten Waffen, darunter auch Karabiner, waren vorher von einem Naziauto aus ausgegeben worden.

### Nazi-Feuerüberfall

Düsseldorf, 18. Juni. (Eig. Meldung.) Die alarmierenden Mordüberfälle der Nazis werden durch ein Geheimdokument der Naziführung enthüllt, das heute in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurde. Es handelt sich um einen von dem Sturmhaufenführer Maß-Düsseldorf, Schlageterheim, dem Sitz der Nazizentrale, unterzeichneten Befehl an alle SA- und

SS-Leute, an die Mitglieder der Nazis, Führer, der Arbeiter- und Sanitätsformationen im Reichsgebiet, die SA-Leute dieses Namens abzulegen. In dem Befehl werden 14 Punkte aufgezählt, die den Kampfbanden mitteilen, gegen die Arbeiterpartei vorzugehen und die im Kampf gegen die Nazis, die Führer der Arbeiterpartei, nicht aus den Augen zu lassen. Wer fahrlässig oder absichtlich die Führer der Arbeiterpartei im gegnerischen Kampfgebiet tötet, soll strengste Strafe zu erwarten.

### SA-Terror im ganzen Reich

Am gestrigen Sonntag wurde die SA zu blutigen Terroraktionen gegen die Arbeiterpartei eingesetzt. In Berlin durchführte die SA auf Lastkraftwagen die Arbeiterviertel, was ungeheure Empörung bei der Arbeiterpartei auslöste. Die Polizei des Sozialdemokraten Orjelski ging mit den härtesten Mitteln gegen die Arbeiter vor.

In Mainz wurde ein Arbeiter von den Nazis schwer verletzt. In Köln wollten einige Tausend SA durch die Arbeiterviertel ziehen. Als die Arbeiter in Mähen auf die Straße traten, schritt die Polizei ein und schlug die SA. In Paderborn wurde ein Arbeiter durch Messerstiche verletzt, ein anderer erhielt einen Holschlag. Auch in Elberfeld war die SA in Aktion. Um zehn Arbeiter wurden ins Krankenhaus gebracht.

Die SA-Verbandsleiter Heide, der SA-Verbandsleiter Heide organisierten nach nationalsozialistischem Muster die Arbeiterpartei gegen Gewerkschaften und Parteibanden der Arbeiterpartei in Düsseldorf, Paderborn, Frankfurt a. M. und in anderen Städten. In Düsseldorf, Paderborn, Frankfurt a. M. und in anderen Städten. In Düsseldorf, Paderborn, Frankfurt a. M. und in anderen Städten.

Ein Gewerkschaftler ist in T. M. ermordet worden. Der Akt der hinterlistigen Mordanschläge gegen die Arbeiterpartei ist und seine Zeit nicht vorüber. Die Arbeiterpartei ist und seine Zeit nicht vorüber. Die Arbeiterpartei ist und seine Zeit nicht vorüber.

Es gibt in diesem Augenblick keine Hoffnung, daß die Angriffe und die Mord der Arbeiterpartei nicht alle mit der Leitung des Einheitskampfes durch den Einheitskampf und sozialdemokratische Arbeiterpartei. Arbeiterpartei ist und seine Zeit nicht vorüber. Die Arbeiterpartei ist und seine Zeit nicht vorüber.

### Wird Hitler von Papens Kopf fordern Die „nationale“ Pleite von Lausanne

Das Ergebnis der Tributkonferenz von Lausanne ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die „nationale Außenpolitik“ und für die Regierung der nationalen Konzentration!

Keine Entlösung, sondern wieder nur ein Provisorium!  
Keine Tributstreichung, sondern wieder nur ein Moratorium.

Das Moratorium soll zunächst auch nur „für die Dauer der Konferenz“ gelten; es hat den Zweck, der bankrotten deutschen Bourgeoisie über den Zahlungstermin des 1. Juli hinwegzuhelfen. Am 30. Juni nämlich läuft ja das Reparationsmoratorium, das „Reichsjahr“ Hoovers, ab; dann müßten die Tributzahlungen wieder aufgenommen werden, oder die deutsche Bourgeoisie müßte sich selbst zahlungsunfähig erklären. Um ihr die Mühe abzunehmen, daß sie selbst ein Moratorium erklärt, haben ihr die Reparationsmächte „großmütig“ eines gewährt. Wahrscheinlich hofft die Reichsregierung, daß dies Moratorium bis zum Ende dieses Jahres verlängert wird; es ist zu erwarten, daß sich die Tributkonferenz für permanent erklären wird, daß nach ein paar Tagen Pilsener in der Monarchienferne die Ausgänge mit der weiteren Arbeit betraut werden, damit sie die Verhandlungen bis nach den amerikanischen Präsidentenwahlen (Ende November) hinauszögern; dann würde die Konferenz wieder zusammentreten können... vorausgesetzt, daß bis dahin nicht wieder andere Hindernisse aufgetreten sind!

Woh die Art, wie dies Moratorium zustande kam, ist nicht gerade lobenswert für das „nationale Deutschland“. Zuerst haben sich Herrriot und Macdonald, die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands, darüber verständigt, was sie mit Deutschland tun wollten; als sie sich einig geworden waren, haben sie sich mit den kleineren Reparationsmächten verständigt, mit Italien, Belgien und Japan. Dann wurde die deutsche Regierung von dem unterrichtet, was die Tributmächte gegen Deutschland beschließen hätten, und dann durfte — ehe noch eine Aussprache begann! — der Reichskanzler von Papen erklären, daß er dem Beschluß der fünf Mächte zustimme!

Die Zustimmung des Reichskanzler von Papen zu dem Moratoriumsbeschluß gewinnt noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß in diesem Beschluß ausdrücklich die Ansprüche der Tributmächte anerkannt werden! Herr Herrriot, der Repräsentant des imperialistischen Frankreich, hat obendrein noch Gelegenheit genommen, in aller Deutlichkeit zu erklären, daß Frankreich weder an eine Streichung der Tribute denke noch an einen Verzicht auf seine „Sicherheit“. Ueber die Bedeutung des Beschlusses von Lausanne kann also eine Unklarheit kaum vorhanden sein.

Trotzdem werden sich die Blätter der „nationalen Front“ abmühen und abquälen, um die neue Pleite der „nationalen“ Außenpolitik in einen Erfolg zu verwandeln. Insbesondere die Blätter der Hitlerpartei!

Der Reichskanzler von Papen, der doch von der Unterstützung der KPD. existiert, hat in Lausanne nichts Geringeres getan, als einer Verlängerung des Youngplans zuzustimmen! Herr von Papen hat die „Unberührbarkeit“ der Verträge von Versailles und dem Haag anerkannt! Herr von Papen hat die Ansprüche der Tributmächte auf die Reparationszahlungen erneut bestätigt! Ja, Herr von Papen hat zu der Moratoriumserklärung der fünf Mächte, in der diese neue Sanktionierung der Tributflaverie enthalten war, wörtlich gesagt:

„Ich begrüße diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, die Arbeit der Konferenz zu erleichtern und diejenigen umfassenden und endgültigen Entschlüsse vorzubereiten, welche die heutige Lage erfordert.“

Hitlers Reichskanzler begrüßt die Verlängerung des Youngplans! Die wackelnden Erfüllungspolitik a la Breitscheid oder Crippien hätten nicht anders reden und handeln können, als es Herr von Papen tat. Wird nun vielleicht Hitler seine SA. gegen das Kabinett von Papen ins Feld führen? Oder wird er zum mindesten die sofortige Abdankung dieser Regierung verlangen?

Eigentlich müßte Hitler heute den Kopf des Reichskanzlers von Papen fordern. Denn so hieß es doch in jener großartigen Erklärung der Hitlerpartei:

„Wir werden vor dem Staatsgerichtshof des neuen Reiches die Rufe des Volkes hören, die die Demokratie

## 2000 schlesische Arbeiterportler demonstrieren in der Front der Antifaschistischen Aktion

Breslau, 20. Juni. Am Sonnabend und Sonntag fand hier das schlesische Landes-Sportfest der roten Arbeiterpartei statt. Die Polizei hatte einen gemeinsamen Aufmarsch verboten. Verboten war auch das Tragen von Trankbieren, das Singen auch von Sportliedern, angeblich deshalb, weil sie eine „politische Melodie“ hätten, das Tragen von Fahnen usw. Die Polizei versuchte an mehreren Stellen die Jüge wegen des Singens von Liedern aufzulösen. Auf

der Gräbchenstraße kam es wegen eines Nazivorkommens zu einem Zusammenstoß.

Trotz aller Schikanen der Polizei, waren die einzelnen Aufmärsche recht wichtig. Insgesamt waren 2000 Arbeiterportler aufmarschiert, die nicht nur für ihre sportpolitischen Forderungen demonstrieren, sondern in erster Linie gegen die Verordnungen des Summers und der politischen Unterdrückung der revolutionären Organisationen, gegen den faschistischen Terror, für die Kampfforderungen aller Ausgebeuteten in der Antifaschistischen Aktion.

### Landtagswahl in Hessen

Darmstadt, 20. Juni. Die gestrigen hessischen Landtagswahlen zeigten folgendes Ergebnis:

		(letzte Landtagswahl)
Kommunisten	82 111	106 790
SPD.	172 545	108 101
Nationalsozialisten	328 313	291 183
Deutschnationale	11 267	10 857
Zentrum	108 603	112 444
Nation. Einheitsfront	25 175	68 208
Hessische Demokraten	4 925	4 613
UVP.	11 697	23 108

(Schluß auf der 2. Seite)

### Die Plakette „Antifaschistische Aktion“



Ist soeben fertiggestellt! In den nächsten Tagen wird sie in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in den Häusern und auf dem Lande zum Verkauf angeboten. Jeder Antifaschist muß diese Plakette erwerben, um die Verbundenheit aller Werktätigen in der Antifaschistischen Aktion zu dokumentieren.

Sorgt für Massenvertrieb!

in vollkommener Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten unterzeichnet werden."

Dieser Kontrakt, den Gregor Straker im Namen Hitlers am 12. März 1930 gegen die Herren Müller, Curtin und Moldenbauer abzuschließen, möchte ja heute den Herrn von Papen trennen, denn er hat fortgesetzt, was sie damals taten!

Aber Hitler wird nicht den Kopf des Reichskanzlers fordern, der ja keine andere Politik gemacht hat, als mit Hitler vereinbart war; Hitler wird auch nicht seine SM. gegen das System von Papen marschieren lassen noch die sofortige Abjuration des Kabinetts verlangen. Im Gegenteil: die SM. marschiert für das System von Papen und für die Außenpolitik von Lausanne! Die SM. ist die Armee des Youngplans!

In Lausanne hat sich von Papen ausdrücklich auf diese „Lebensnotwendigkeiten, aufbauwilligen Kräfte der Nation“ berufen, damit die Regierungen der Tributmächte wissen, auf wen sich das Kabinett von Papen stützt: auf Hitler und seine SM. Genau so hatten wir uns „nationale Außenpolitik“ des deutschen Faschismus auch vorgestellt!

Herr von Papen hat in Lausanne mit Herriot und Macdonald lange Geheimberatungen gepflogen. Darüber wird der Dossierschreiber nichts kundgeben. Aber wir kennen ja das Protokoll der Rede des Herrn von Papen im „Deutschen Herrenklub“, und die ehemaligen Parteifreunde des Herrn von Papen verteidigen uns ja, auf welcher Basis er keine Verhandlungen mit Frankreich geführt hat, bevor er Kanzler wurde. Der Herzenswunsch des deutschen Reichskanzlers ist der Kreuzzug der imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland. Sollte der Herr Reichskanzler in seinen Beratungen unter vier Augen nicht auch hiervon gesprochen haben? Klärt sich die „europäische Einheitsfront“, welche die Mächte von Lausanne beschlossen haben, wirklich gegen die USA, und nicht vielmehr gegen die Sowjetunion?

Lausanne ist eine neue Bestätigung dafür, daß die deutsche Bourgeoisie keinen Weg aus den Ketten des Versailles-Systems weiß. Die Zerreißung des Versailler Versklavungspaktes wird erst möglich durch den Sieg des Kommunismus! Den werden wir eringen gegen Papen und gegen Hitler!

## SPD.-Hoffmann als Lügner und Verräter entlarvt

Sagan. Wir haben in dem Artikel: „Radikale Wandern der SPD.“ die verräterische Rolle des sozialdemokratischen NSDAP.-Vorsitzenden Hoffmann in der kampfenden Einheitsfrontbewegung der Saganer Erwerbslosen aufgezeigt. Wir kennen der Arbeiterchaft eine neue Tatsache des arbeiterfeindlichen Verhaltens von Hoffmann unterbreiten, und zwar handelt es sich hier um die am 10. Juni abgehaltene Demonstration der Erwerbslosen, wo die Polizei in der brutalsten Weise gegen die demonstrierenden hungernden Proleten vorgegangen ist.

Als seiner Art die Polizei auf die Arbeiter und Frauen einschlug, war es Hoffmann, der den Abwehrkampf der Massen abbremsete. Er rief die Massen auf in das „Volkshaus“ zu kommen und erklärte ihnen dort, daß erst das Einheitskomitee eine Sitzung abhalten müsse, um zu den Vorgesetzten Stellung zu nehmen und schickte die Arbeiter und Frauen nach Hause. Das Einheitskomitee beschloß, eine öffentliche Versammlung am Montag, dem 13. Juni, abzuhalten. Die Ortsgruppenvorsitzende der SPD und des NSDAP. haben trotz des Beschlusses die Organisation und Propagierung der Versammlung sabotiert. Auf die Anfrage unseres Genossen Geppert, erklärte Hoffmann, daß die Polizei die Genehmigung zu dieser Versammlung nicht erteilt habe. — Die Nachforschungen ergaben, daß Hoffmann gelegen kam.

Hoffmann wurde von unserem Genossen nochmals geteilt und da wurde er noch deutlicher und erklärte, „daß ein Führer, der die Gefahren kennt, trotz Kampfeigens auch den Mut haben müßte, sich gegen die Massen zu stellen.“

Wer enttarnte sich dieser verräterische Spion als ein elender Verräter an den Interessen der Arbeiter. Die Arbeiter von Sagan, und vor allem die Gemeindefaschisten, wurden dem rassistischen Gehirns dieses Verräters keinen Grad zu danken. Die Gemeindefaschistenglieder

## Nazibefehl:

# Papen darf nicht kritisiert werden

Die Nazipresse legt ihre verzweifelten Versuche, die Regierung Papen-Schleicher von der Verantwortung für die ungeheuerlichen Notverordnungen zu entlasten, mit der Ausrede fort, daß die Notverordnungen nur eine Folge des bankrotten Erbes sei, das die Papen-Schleicher von Brüning und den anderen übernommen haben. Der „Angriff“, das Organ der Berliner Nazis, das am Tage nach dem Erlaß der Notverordnungen nicht wagte, auch nur eine Zeile dazu zu bringen, schreibt am 17. Juni zu den Notverordnungen:

„Wir können uns vorstellen, daß eine Regierung, die von ihrer Vorgängerin ein Erbe übernimmt, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht nur mehr als Konkursmasse bezeichnen läßt, unter Umständen gezwungen sein kann, dem Volke Opfer aufzuerlegen.“

Hört es, Erwerbslose, Kriegsoffer und Sozialrentner! Hört es, Arbeiter, Angestellte und Mittelständler, wie die Nazis die Notverordnungen rechtfertigen! Dem Volke — das heißt, den werktätigen Massen „Opfer auferlegen“ —, warum nicht den Millionären? Warum nicht den Börsenspekulanten? Warum nicht den Aufsichtsräten und Großaktionären? Weil die Regierung eine Regierung der Junker und der Großindustriellen ist, und weil die Nazis eine vom Finanzkapital ausgehaltene Partei sind! Darum finden sie in Ordnung, daß die werktätigen Massen bluten müssen und die Millionäre ungekoren bleiben. Die Naziführer haben aber mit ihrer Entlastungsoffensive wenig Glück. Die Empörung greift immer tiefer auch in die Reihen der Naziwähler. Die Führer bekommen es mit der Angst zu tun. Sie fürchten, daß die Regierung von Papen-Schleicher als eine Diktatur der Reichen gegen die Armen von den werktätigen Wählermassen der Nazis durchschaut und damit auch die Rolle der Führer erkannt wird. Darum verbietet Hitler den Mitgliedern der Nazis rundweg jede Distanzion über das Kabinett Papen.

Der „Vorwärts“, der auf Grund seiner engen Verbindungen zur Polizei immer gut über die Vorgänge innerhalb der Nazipartei unterrichtet ist, veröffentlicht ein Rundschreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Josef Goebbels, in dem es heißt:

„Zur vertraulichen Kenntnisnahme an alle Parteistellen!  
In diesen Reichstagswahlen wird nicht abgeurteilt über die Tätigkeit des Kabinetts von Papen, sondern über die Taten jener Regierungen und Parteien, die verantwortlich sind für das Novemberverbrechen von 1918 und die von da ab bis heute als System die Verantwortung für den größten historischen Zusammenbruch der letzten Jahrhunderte zu tragen haben. Wir fordern Abrechnung mit den Verantwortlichen für die 13 Jahre hinter uns, keineswegs aber, wie die Propaganda der Gegner vorzuziehen möchte, über die notwendigen Uebergangswochen des Kabinetts von Papen.“

Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jedem derartigen Versuch unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubrechen.

gez. Dr. Goebbels, Reichspropagandaleiter.“

Schlagender kann das enge Bündnis der Nazipartei mit der Regierung der Reaktion kaum noch bewiesen werden. Das Schreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP ist ein Befehl zum Maulhalten. Aber es wird alles nichts nützen, die werktätigen Massen werden nicht schweigen. Die kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion, zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, zum Kampf gegen die Notverordnungen aufruft, wird auch dafür sorgen, daß die werktätigen Naziwähler die Wahrheit über die Rolle der Hitlerpartei als Partei des bankrotten, kapitalistischen Systems erfahren.

müssen diesen Handlanger aus ihren Reihen stoßen. Die rote Einheitsfront muß trotz des Verrats und der Sabotage des Hoffmanns im Kampfe geteilt werden. Der letzte Arbeiter beteiligte sich an der Antifaschistischen Aktion.

In der Sitzung des Einheitskomitees mit den Betriebsräten hatten Hoffmann und Langner (NSDAP.) während der Wahlkampagne Burgfrieden gebietet. Sie verlangten, daß sich die Führer in Berlin einigen sollten! Unsere Genossen haben diese Forderungen, weil sie nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse der Bourgeoisie liegen, abgelehnt.

Der Erwerbslosenausdruck hat auf Initiative unserer Genossen eine öffentliche Versammlung einberufen.

## Landtagswahl in Hessen

(Schluß)

Es kommen Kandidaten auf:

Kommunisten	7	10
SPD.	17	16
Nationalsozialisten	32	27
Zentrum	10	10
SNP.	1	2
Heißische Demokraten	—	—
Deutschnationalen	1	1
Nation. Einheitsfront	2	5

\* Die Wahlbeteiligung war bedeutend schwächer als bei der letzten Landtagswahl. Die kommunistische Partei konnte seit dem Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wo Genosse Thalmann bei viel stärkerer Wahlbeteiligung 70381 Stimmen bekam, wiederum annähernd 12 000 Stimmen anheben. Die Nazis haben seit der letzten Landtagswahl nochmals 37 000 Stimmen gewonnen, hauptsächlich auf Kosten der

nationalen Einheitsfront (Staatspartei, Wirtschaftspartei, Heißisches Landvolk, Volksrechtspartei), die circa 13 000 Stimmen verlor. Die Demokraten haben circa 400 Stimmen gewonnen, das Zentrum hat einige 1000 Stimmen verloren, die SNP. hat 4000 Stimmen aufgeholt. Eine schwere Niederlage erlitt die sozialistische SNP. Obwohl die SNP-Führer und Brandstifter sich zusammengesetzt hatten, konnten sie nicht einmal die Hälfte der Stimmen erzielen, die sie bei der letzten Landtagswahl erhielten. Die heißischen Landtagswahlen sind eine neue eruchte Mahnung an alle Arbeiter, die Massenmobilisierung zur Antifaschistischen Massenaktion mit allen Kräften zu beschleunigen.

# Wo ist der Polleiter?

der sich darum kümmert, daß die Genossen seiner Zelle

„Die kommunistische Internationale“ die Zeitschrift des Exekutivkomitees studieren.

Zu teuer? Ab Nr. 11 kostet jedes Heft nur noch 20 Pfennig. Darum abonniert jede Zelle kollektiv!

# Gegen die Spaltungspolitik der SNP.-Führer

### SNP.-Arbeiter und -Funktionäre fordern zur Wahl von Kommunisten auf!

Die Führer der SNP. haben beschlossen, zu den Reichstagswahlen in allen Wahlbezirken eigene Kandidatenlisten aufzustellen. Die Sendewitz und Rosenfeld wissen natürlich ganz genau, daß sie in keinem Wahlkreis einen Kandidaten erhalten werden. Sie stellen die eigenen Listen in der Absicht auf, die kommunistische Partei zu treffen und das Zustandekommen der breitesten roten Einheitsfront mit allen Mitteln zu hindern. Die Aufstellung eigener Listen soll den SNP.-Führern die Möglichkeit geben, ihre Lügenbete gegen die KPD. gegen die Sowjetunion zu verstärken und so zum Nutzen der faschistischen Reaktion Arbeiter gegen ihre kommunistischen Kampfgenossen zu setzen.

In den Reihen der SNP.-Arbeiter herrscht über das konterrevolutionäre Verbrechen der Sendewitz und Rosenfeld große Empörung. In Berlin wenden sich eine Anzahl führender SNP.-Funktionäre mit einem öffentlichen Appell an alle Arbeiter und fordern sie auf, für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen und in der roten Einheitsfront mitzukämpfen. Der Appell hat in seinen wesentlichen Teilen folgenden Wortlaut:

„Noch hat das deutsche Proletariat es in der Hand, auf die Pläne der Konterrevolution mit einem Gegenanschlag zu antworten, der in der Organisation politischer Massenstreiks und der Erstämpfung der Staatsmacht durch das Proletariat gipfeln muß. Diese Aufgabe ist

nur mit kommunistischen Grundsätzen, mit kommunistischer Taktik und unter einer kommunistischen Führung zu verwirklichen.

Daher ist es die Pflicht der SNP.-Arbeiterchaft, ein enges Kampfbündnis mit den Massen der kommunistischen Arbeiter anzustreben.

Die solidarische Vorbereitung der Reichstagswahl wird dazu die besten Anknüpfungsmöglichkeiten bieten.

Diese Wahlen bedeuten alles andere als einen rein parlamentarischen Akt; sie bedeuten den Anfang der offenen direktesten Auseinandersetzung zwischen der Konterrevolution und dem revolutionären Proletariat.

In dieser Situation müssen wir alles tun, um die einzige Chance zu nützen, den Faschismus vor seiner definitiven Machtergreifung zu schlagen, wir müssen mit allen Kräften die Entfaltung einer zielbewußten kommunistischen Masseninitiative fördern.

## SNP.-Funktionäre erklären ihren Uebertritt zur KPD.

### Sie rufen: Folgt unserem Beispiel!

Hindenburg, 20. Juni. Die Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Hindenburg, Josef Schmeda, Georg Sutzel, Emil Gebulla und August Kückert, haben in einem Schreiben an die Bezirksleitung der kommunistischen Partei ihren Eintritt in die KPD. erklärt und mitgeteilt, daß sie aus der SNP. austritten.

Die immer wirksamer werdende Antifaschistische Aktion, der sich steigende Kampfwille der Arbeiterchaft gegen die gesamte faschistische Reaktion, schmiedet praktisch die kämpfende rote Einheitsfront.

Die Genossen begründen ihren Uebertritt damit, daß der immer frecher werdenden und sich erhebenden faschistischen Reaktion zur Bekämpfung der Arbeiterchaft, der imperialistischen Kriegsgewalt und der damit verbundenen drohenden Intervention gegen die Sowjetunion, die geschlossene rote Einheitsfront entgegengesetzt werden müsse.

„Daher erklären wir unseren Austritt aus der SNP. und

schließen uns der KPD. an, um in der vordersten Front praktisch an der Verwirklichung der roten Einheitsfront zu wirken.

Wir rufen allen Jugendgenossen der SNP.-Organisationen, der gesamten sozialistisch orientierten Jugend des oberfachsischen Industriegebiets zu, unserem Beispiel zu folgen und sich sofort in die rote Einheitsfront einzureihen.“

In den Reihen der SNP. und SPD.-Arbeiter wächst immer mehr der Wille und die Kampfbereitschaft gegen die faschistische Reaktion, der Notverordnungs-diktatur und des imperialistischen Krieges, sowie der drohenden Intervention gegen die Sowjetunion. Immer mächtiger formieren sich die Kampfbrigaden in der roten Einheitsfront gegen die Hungeroffensive der Junker- und Generalregierung Papen-Schleicher. Die vier SNP.-Funktionäre, von denen einer seit 1920 in der SPD. und später in der SNP. kämpfte, gegen den Enklavismus und reichten sich ein in die Avantgarde in die KPD., die Führerin des kämpfenden Proletariats.

# Rot-Sport marschiert in Breslau

# Erstes schlesisches Landestreffen ein voller Erfolg

## Die Polizei provoziert — 2000 Sportler auf dem Plan — Guter Sport wurde überall geboten

Das 1. Schlesische Landestreffen war ein voller Erfolg für die R.G. Circa 2000 rote Sportler waren in Breslau vereint, um das im Zeichen der Weltpartakade 1933 in Moskau stehende 1. Schlesische Landestreffen zu einer gewaltigen Kundgebung des wahren Arbeitersports zu machen. Die Eröffnungsveranstaltung im „Lunapark“ wies einen starken Besuch auf und zeigte die Verbundenheit des Proletariats mit den roten Sportlern. Bundesstreue und rote Arbeiterportler kämpften hier gemeinsam für die gute Sache. Der Sportlerwerbungsangriff am Sonntag brachte durch eine verspätet eingetroffene Verfügung der Polizei die Stadtleise einzeln nach dem Hardenberghügel. Auf der Leffing- und Gräßhener Straße provozierten Schupos die einzelnen Züge, denen sie sogar das Singen von Sportliedern verboten wollten. Der eiserne Disziplin der Teilnehmer ist es zu verdanken, daß Schlimmeres verhütet wurde. Die sportlichen Wettkämpfe auf dem Hardenberghügel fanden sämtlich reichen Beifall. Die Leistungen der Sportler standen auf hoher Stufe.

Das erste Schlesische Landestreffen zeigte das Wachstum der roten Sportbewegung in Schlesien. Überall bestanden gute Vereine und alle sind gut verankert. Doch dabei kann es nicht bleiben. Das erste Landestreffen muß ein Aufsporn zu neuen Taten werden, muß ein weiteres Vordringen in das reformistische sowie bürgerliche Lager bringen. Verdoppeln, verdreifachen, verzehnfachen wir unsere Arbeit zur Erreichung der Vormachtstellung in Schlesien.

### Rot Sport im „Lunapark“

Zur Eröffnung des Landesportfestes fand ein Saalportfest im „Lunapark“ statt. Die Veranstaltung war gut besucht und zeigte, daß auch für Saalportfestes reges Interesse ist.

Einleitend spielte die Fichte-Musikgruppe, dann folgte eine Ansprache des Genossen Winkler, der in kurzen Worten auf die augenblickliche politische Lage hinwies und daraus die neuen Aufgaben der roten Sportler aufzeigte. Winkler bewies dann den Verrat der bürgerlichen und reformistischen Sportführer und forderte die roten Sportler auf, mit dem revolutionären Proletariat gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen und bei den kommenden Reichstagswahlen nur Liste 3 zu wählen. Im Zeichen der Weltpartakade 1933 steht das heutige erste Landestreffen in Schlesien, und wir müssen dafür sorgen, daß dieses das größte Arbeiterportfest der Welt wird. Mit einem dreimal kräftigen Rot-Sport schloß er seine Ausführungen.

Das Fahnen-schwingen der Fichte-Kinder sowie die Kritiken von Lehmwasser fanden reichen Beifall. Dann folgte die Musikgruppe Fichte. Stadtmusik, vorgeführt von den Fichtesportlern aus Oppeln, wurde lebhaft applaudiert. Der Städtewettkampf Oppeln-Breslau begann durch das Turnen am Barren. Breslau erreichte 81 Punkte, Oppeln 57. Ein Gruppenbild der Oppelner „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ fand lebhaften Beifall. Die Zahnarztbesuche der Lehmwasser-Kritiken zeigte den Fortschritt in dieser Sparte. Ringen, Bogenschießen und Jiu-Jitsu-Wettkämpfe folgten nun. Im Ringkampf Breslau gegen Görlitz legten die Breslauer mit 9:1. Der Jiu-Jitsu-Wettkampf sah Bundesstreue Arbeiterportler gegen Görlitzer am Start. Die das erste Mal aufstretenden Bundesstreuen brachten nur eine 5:3-Niederlage von den reinkommenen Görlitzer Sportgenossen hinnehmen. Die Bogenschieße brachten sehr schöne Kämpfe und zeigten, daß in diesem Sport die Görlitzer schon weiter voran waren.

### Erfolgreiches Werbeportfest in Brodau

Der Uebertritt einer Anzahl Spieler aus dem bürgerlichen Verein Sturm Brodau zum R.G. Kanal Ost gab den roten Sportlern Veranlassung, ein Anhalt zum Landesportfest am Sonnabend in Brodau ein Werbeportfest anzustellen. Einige 100 Zuschauer, zum größten Teil Mitglieder bürgerlicher Vereine, waren auf dem Gemeindefestplatz erschienen, um Zeuge schöner Werbeispiele für den Arbeitersport zu sein. Im einleitenden Kampfe standen sich die 3. Mannschaften von Kanal Ost und Fichte Reize gegenüber. Die Breslauer zeigten nach überlegenem Spiel 9:2. Dann betraten Fichte II Reize und Kanal Ost den Platz. Die Reizer führten ein sehr schönes Spiel vor. Der abschließende Toranschlag fehlte jedoch, denn laut hätte ihr überlegenem Spiel zahlenmäßigen Ausdruck gefunden. Nach Halbzeit taute Kanal auf und konnte einen 2:1-Sieg landen. Einen außerordentlich spannenden Anfang nahm das Handballspiel Ost-Socialistischer Jugendverband Ost. Bis kurz vor Halbzeit ringen beide Mannschaften mit wechselndem Erfolg um die Torführung. R.G. stellte eine junge, aber körperlich kräftige Mannschaft, die ein herrliches Spiel vorführte. In der 10:3-Niederlage tragen einige Fehler der Verteidigung sowie des Torwands die Schuld. Gerade dieses Spiel dürfte in seinem flotten und fairen Verlauf besonders merkwürdig gewesen sein. In seiner Zusammenfassung R.G. Jugend, R.G. Sportler und einem Schiedsrichter aus dem Bundeslager war es ein beachtlicher Ausdruck der roten Sportarbeit. Das Schlußspiel sah Reize I und Ost I auf dem Plan. Die Reizer Mannschaft war durch Pilschauer Genossen vervollständigt. Bis Halbzeit führte Ost 2:1, um nach der Pause 3 weitere Tore folgen zu lassen.

Das Ergebnis des Werbeportfestes war eine weitere Abspaltung vom bürgerlichen Sturm-Brodau. Weiter so!

### Die sportlichen Darbietungen am Sonntag

Bereits am Vormittag herrschte auf den verschiedensten Sportplätzen sowie auf dem Hardenberghügel lebhafter Sportbetrieb. Die Vorkämpfe, sowie einige Endkämpfe fanden auf dem Hardenberghügel ihre Erledigung. (Schluß am nächsten Sonnabend.) Der größte Betrieb war bei den Fußballern, und es wurden überall faire Kämpfe vorgeführt.

### Die Fußball-Gesellschaftsspiele

#### Breslau — Görlitz 3:0

Schwarz-Weiß 1. Jugend — Freie Sportfreunde 1. Jugend-Görlitz 2:1.

Görlitz spielte Freie Sportfreunde, Breslau Kanal Schwarz-Weiß. Beide Mannschaften zeigten ein Werbeispiel ersten Ranges vor und wurde vor allem der Torwart der Görlitzer gefallen. Die Schwarz-Weiß-Mannschaft war aus einem Guß und bewies damit erneut ihre Macht am Fußball. Bis Halbzeit wehren sich die Görlitzer verzweifelt,

um nach dieser dem technisch flotten Spiel der Breslauer zu unterliegen.

#### Note Spielvereinigung — Hausdorf I 10:1

Gegen die jüngste Mannschaft der R.G. Schlesiens hatte die Note Spielvereinigung leichtes Spiel und siegte nach Ueberlegenheit mit obigem Resultat.

#### Stern I Zirlau — Soli 5:1

Soli kann 1:0 führen, doch gleicht Zirlau bis Halbzeit aus. Nach dieser wird Zirlau gegen die mit nur noch 10 Mann spielenden Soli-Sportler überlegen und gewinnt verdient. Bei den 2. Mannschaften siegte Zirlau 2:1.

#### Dynamo I — Giche I Nieder-Salzbrunn 3:3

Auf der Auenwiese spielten obige Mannschaften nach schönem Spielverlauf unentschieden. Dynamos 2. Mannschaft konnte gegen Giche II einen überlegenen 5:0-Sieg herausziehen.

#### Süd I — Jauer I 3:2

Jauer kann bis zur Pause gegen die mit 5 Mann Ersatz antretende Süds 2:0 führen. Süd wird nach Halbzeit jedoch besser und kann obigen Inappen Sieg feiern. Die 2. Mannschaften spielten 3:1 für Jauer.

#### Fichte I Kreuzburg — Grün-Weiß I 8:0

Die Kreuzburger führten am Sonnabend ein überlegenes Spiel vor und siegten sicher.

#### Kanal-Ost I — Oppeln I 3:1 Fußball Kanal-Ost Frauen gegen Blau-Weiß Dels Frauen 1:0 Handball

#### Rot-Weiß I — Blau-Weiß Dels I 2:0 (1:0)

Beide Gegner zeigten gute Leistungen. Der Mittelstürmer Rot-Weiß, konnte durch Kopfball, seine Mannschaft in Führung bringen. Bis Halbzeit wird nichts mehr erzielt, da beide Hintermannschaften sehr gut arbeiten. Nach der Pause hat Rot-Weiß mehr vom Spiel, der Linksaußen bringt die 2:0-Führung. Bis zum Schluß wird nichts mehr erreicht, so ist der Sieg von Rot-Weiß, durch bessere Stürmerleistungen verdient. Die zweiten Mannschaften trennten sich 3:1 (Halbzeit 1:1) für Rot-Weiß.

### Breslau gewinnt den Schachwettkampf gegen Oppeln

Die erste Runde der Schachsparte brachte am Sonnabend im Lunapark die Breslauer mit 6:4 in Vorteil. Den Rückkampf am Sonntag gewannen die Breslauer ebenfalls mit 6½:3½ Punkten.

#### Am Nachmittag auf dem Hardenberghügel

Der festgelegte Sportlerwerbungsangriff brachte die einzelnen Stadteile getrennt nach dem Hardenberghügel. Hier waren bereits die leichtathletischen Vorkämpfe am Vormittag erledigt und die Endkämpfe der Leichtathleten konnten folgen. Der Einmarsch sämtlicher roten Sportler zeigte ein farbenfrohes Bild. Freiübungen der Kinder zeigten von ernsthaftem Training. Männer und Frauen der Turnersparte zeigten in ihren Massenfreiübungen beachtliche Fortschritte. Dann begannen die Läufe und zeitigten folgende Resultate:

- 70-Meter-Lauf für Mädchen: Silbe Groß-Breslau 12,1.
- 70-Meter-Lauf für Knaben: Weigelt-Breslau 11,1.
- 100-Meter-Endlauf für Frauen, Klasse I: Schönsee-Breslau 13,6.
- 100-Meter-Endlauf für Frauen, Klasse II: Werfe-Breslau 15,1.
- 100-Meter-Endlauf für die Jugend: 1. Winkler-Landeshut 13, 2. Rasper-Breslau 14,2.
- 70-Meter-Pendelstafette für Schüler: 1. Kanal-Ost.
- 11x100-Meter-Stafette für Fuß- und Handballer: 1. Süd-Breslau 2:27,6.
- Endlauf 100 Meter für Männer: 1. Cebzig-Oppeln 12,1, 2. Start-Breslau (Jugend) 12,2, 3. Schwiegon 13,2.
- 4x100-Meter-Stafette für Männer: Fichte-Oppeln 50,8.
- 800 Meter für Frauen: Schönsee-Breslau 2,59.
- 3x1000-Meter-Stafette: 1. Ost-Breslau 9,26.

Der rege Besuch bei der Saal- sowie Sportplatz-Veranstaltung muß die roten Sportvereine dazu veranlassen, kleinere Sportfeste zur Verbesserung sämtlicher Sportarten anzustellen.

### Auswahlspiel

#### Bezirk Waldenburg — Bezirk Breslau 0:2

Auf dem Hardenberghügel stellten die Bezirke Waldenburg und Breslau zwei Auswahlmannschaften, die jedoch nicht die beste Auswahl waren. Waldenburg sowie Breslau mußten auf ihre besten Kräfte verzichten. Trotzdem wurde das Spiel sauber und fair durchgeführt und sah den Breslauer Agit.-Bezirk nach abwechslungsreichem Kampf mit 2:0 als Gewinner.

### Fichte-Kreuzburg schlesischer Landesmeister im Handball

Um den Titel eines schlesischen Landesmeisters fanden sich obige Mannschaften auf dem Hardenberghügel gegenüber. Beide Mannschaften führten ein technisch schönes und faires Treffen vor, in dem die größere Routine der Kreuzburger ausschlaggebend war. Eine 1:0-Führung der Breslauer gleichen die Kreuzburger bald aus, um durch zwei weitere Tore in Führung zu gehen. Breslau reißt sich jedoch mächtig zusammen und kann bis Halbzeit noch einmal in Vorteil kommen. Nach der Pause werden die Kreuzburger immer besser und können bis Schluß mit einem 9:4-Siege den Titel des schlesischen Landesmeisters erringen.

### Agitationsbezirk Waldenburg

Von der Fußballspartenleitung: Wir führen zugunsten des Agit.-Bezirks am 10. Juli d. J. auf dem Sportplatz in Zirlau ein Blitzturnier durch. Zur unbedingten Teilnahme sind die Vereine Stern-Zirlau, Giche, Nieder-Salzbrunn und Siarn, Sandberg verpflichtet.

Als weitere Teilnehmer erwarten wir die ausgeschlossenen Genossen vom VfR. Freiburg. Wir erwarten, daß außer den genannten auch weiter abgelegene Vereine an dieser Veranstaltung interessiert und gewillt sind, dieselbe durch Mitwirkung zu unterstützen. Welcher Fußball- oder sonstige Sportverein ist gewillt, die Veranstaltung des Agit.-Bezirks Waldenburg am 10. Juli durch seine Mitwirkung zu unterstützen? Meldungen bis spätestens 22. Juni an Genossen M. Günther, Zirlau 135, Post Freiburg (Schlesien), erbeten.

Arbeiter- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Dem arbeitslosen Genossen Otto Haasler ist die Lichtmaschine (Wohnag) auf dem Wege von Schweidnitz über Märzdorf nach Hobten verloren gegangen. Der eheliche Finder wird gebeten, dieselbe bei Haasler, Breslau 13, Nachod-Straße 13, gegen Belohnung abzugeben.

### Gute Borarbeit zu den Vorkämpfen für die Weltpartakade

Am 16. und 17. Juli führen unsere schlesischen Genossen in Chemnitz das erste Landestreffen durch. Dieses Landestreffen steht im Zeichen der verstärkten Einheitsfrontarbeit der roten Sportler, im Zeichen des verstärkten Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, im Zeichen der Vorbereitungen zur Weltpartakade 1933, im Zeichen der breitesten Massenmobilisierung für die Verteidigung der Sowjetunion.

In dem Aufruf im „Roten Sachsenport“ heißt es: 35 Sportler unter den Fahnen der Kampfgenossenschaft agitieren, werben für die rote Einheitsfront. 35 000 erfüllen mit Begeisterung ihre Sturmplanarbeit, um weitere Tausende der schlesischen und sozialistischen Sportbürokratie zu entziehen und sie einzureihen in den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Mit wuchtigem Glanz auch den letzten Sportler mobilisiert und aktiviert für unser Landesportfest! In der Aufgabenstellung heißt es dann weiter:

#### Was ist als erstes zu tun?

1. Zur Vorbereitung unseres Landesportfestes organisieren wir einen Massenvertrieb unserer Plakette zur Weltpartakade 1933 in Moskau, da ja unsere Landesportfeste zugleich die Vorkämpfe zur Partakade sind. Unsere Losung: Kein Arbeiter und keine Arbeiterin ohne unsere Plakette.

2. Das Landesportfest vereinigt nicht nur die in der R.G. erfahten Mitglieder, sondern auch alle übrigen wertvollen Sportler. Es soll eine Manifestation der roten Einheit sein. Dieses zu erreichen, hat zur Voraussetzung eine täglich zu leistende und zu steigende systematische Massenarbeit, also Schaffung von Einheitskomitees auf der Grundlage der Einheitsorganisation aller Massenorganisationen. Verlegung des Schwergewichts unserer Arbeit in die Betriebe. Sicherung deren Mitarbeit, Herbeiführung der Verbindung zu den Bundesstreuen und bürgerlichen Sportlern auf der Basis der engsten Zusammenarbeit im Einheitskomitee.

### Schach

Bearbeitet von der „Roten Schachsparte Breslau“  
Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Webskystr. 6, b. Heinze

#### Königsgambit

Gespielt am 31. Mai 1932 zu Breslau

Weiß: Schächer. Schwarz: Schmela.  
1. e2—e4, e7—e5. 2. f2—f4, Sb8—c6. 3. Sg1—f3, d7—d6. 4. e2—e3, Sg8—f6. 5. Dd1—e2, Lf8—e7. 6. Lf1—e2, 0—0. 7. 0—0, e5×f4 1). 8. d2—d4, d6—d5. 9. e1—e5, Sf6—e4. 10. Lc1×f4, g7—g6. 11. Sb1—d2, Le8—f5. 12. Le2—d3, Se4×Sd2. 13. Lf4×Sd2, Lf5×Ld3. 14. Dc2×Ld3, f7—f5 2). 15. Ld2—h6, Tf8—e8. 16. e5—e6, Le7—f6. 17. Ta1—e1, Dd8—d6. 18. Dd3—e3, Te8—e7. 19. Lh6—g5, Lf6×Lg5. 20. Sf3×Lg5, h7—h6 3). 21. Sg5—f7, Te7×Sf7. 22. e6×Te7+, Kc8×f7. 23. Dc3×h6, Se6—e7. 24. Dh6—h7+, Kf7—f6. 25. Te1—e2, a7—a5. 26. Tf1—e1, Ta8—e8. 27. Dh7—h4+, Kf6—f7. 28. Dh4—g5, Dd6—f6. 29. Dg5—h6, e7—e6. 30. Dh6—h7+, Kf7—f8. 31. Te2—e6, aufgegeben!

#### Anmerkung:

- 1) Besser ist Le8—g4. Bei der Fortsetzung d2—d4: LXS; LXL; eXd; eXd; SXd hätte Schwarz sich besser entwickelt.
- 2) Sehr schlecht! Gibt dem Gegner Angriffschancen. Besser ist Dd8—d7 mit später folgendem Se6—d8.
- 3) Hier konnte noch Se6—d8 folgen und Schwarz steht nicht schlecht; aber die folgenden Züge zwingen ihn aufzugeben.

Die Schachsparte „Fichte“ spielt jeden Montag bei Gardyan, Bergmannstraße.

Die Schachabteilung „Roter Stern“ spielt jeden Dienstag bei Zapke, Ursulinerstraße, Ecke Schmiedebrücke.

### Antifaschisten an die Front!

#### Ein Lob für Hitler für Tolerierung des Kabinetts von Papen

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Schwerindustrie, das von jeher der NSDAP die größte Sympathie geschenkt hat, schrieb (12. 6. 32) über Hitler:

„Höchstes Lob gebührt jedoch dem Agitator, der seine Gaben, aber auch das, was ihm versagt ist, richtig einzuschätzen weiß und necklos den Staatsmann gewähren läßt, nachdem er ihm die Waffe geschmiedet hat und zum Gebrauch bereit hält.“

Hitler hat dem Kabinett der Schwerindustriellen und Großagrarier die Waffe geschmiedet! Er hält ihm diese Waffe — die SA! — zum Gebrauch bereit! Er läßt den Staatsmann regieren und begnügt sich, die Regierung zu tolerieren!

Der ganze schamlose Verrat der NSDAP, liegt in diesen Sätzen, mit denen die „Bergwerkszeitung“ Hitler lobt.

Rechnet ab mit den nationalsozialistischen Betrügnern!  
Vorwärts mit der Antifaschistischen Aktion!



# Die werktätige Frau



## Kirschen und Erdbeeren - für wen?

Für die wechtätigen Frauen Hunger und Not - Die Bescherung der Regierung Papen

Ein sonniger Sonntag. Die Arbeiterfrauen stehen, laut miteinander redend auf der Straße. Die Kinder spielen im Rinnstein, drängen sich an den Obstwagen heran, der wieder so herrliche Bananen, ja sogar Kirschen und Erdbeeren in Hülle und Fülle in sich birgt. Und doch, Mutter kann nichts kaufen, ... erst heute morgen wieder hatte sie ihr Portemonnaie um und um gedreht, kein Sechser war mehr da. Den Kindern läuft das Wasser im Munde zusammen ... die kleinen Kindermädchen verzehren sich, dem Weinen nahe ...

### „Gleiche“ Opfer

Die Frauen stehen dichtgedrängt vor dem Fenster, in welchem die Zeitungen aushängen. Da stehen die fette Buchstaben: **Neue Notverordnung** - Kürzung der Unterstützungslöhne, Beschäftigtensteuer, Rentenaabbau, Salzsteuer ...

Die Arbeiterfrauen wenden sich ab und diskutieren heftig. „Na, ihr Mann hat doch wenigstens noch Arbeit“, meint Frau K., „aber was sollen wir machen?“

Frau A. dreht sich um und sagt: „Nun, Sie haben wahrscheinlich die Notverordnung nicht richtig gelesen, wissen Sie, was uns jetzt wiederum blüht?“

### Eine Beschäftigtensteuer

wird eingeführt. „Arbeitslosenabgabe“ heißt es. Ihr Frauen, hört alle her, was ich euch jetzt sage: Man peitscht uns jetzt mit 1000 Ruten. Diese „Arbeitslosenabgabe“ ist das Härteste, was es bisher gab. Diese Steuer kennt keine Grenzen nach unten. Schon beim geringsten Verdienst wird sie angewandt. Verdient 3 F ein Mann noch 50 Mark, dann muß er eineinhalb Prozent Beschäftigtensteuer zahlen. Das sind 75 Pfennig. Aber das Ungewöhnliche, das Empörendste bei der ganzen Sache ist, daß der Fabrikbesitzer denselben Steuerfuß, also eineinhalb Prozent, erst zu bezahlen braucht, wenn sein Einkommen 20.000 Mark beträgt. Und Sie, Frau B., Ihr Mann ist doch Beamter, der muß jetzt auch wieder für die Kapitalisten bluten. Verdient Ihr Mann

### im Monat 150 Mark

dann zieht man ihm rücksichtslos 2 1/2 Prozent, das sind 3,75 Mark, ab. Aber ein Großkapitalist braucht bei

### 250000 Mark Einkommen

auch „nur“ 2 1/2 Prozent Beschäftigtensteuer zu bezahlen. Uns Armen raubt man alles, den Reichen stekt man es zu Alle Laiten, alle „Opfer“, die gebracht werden sollen, um die Krise zu beheben, gehen auf unsere Kosten, müssen wir auf unsere Schultern nehmen. „Ja“, sagt die Frau M., „was sollen wir Erwerbslose jagen. Denkt, ich bekam vorige Woche noch 105 Mark, jetzt werden 23 Prozent gekürzt, das ist ein Viertel von meinem Geld, also zwei Mark weniger. Mit sechs Mark soll ich mein Leben fristen, ich frage euch wie ...“

### Mit 8 Mark ....

Ich will euch vorrechnen, was ich mit den acht Mark anfangen konnte:

Miete	3,00	Mark
Gas	0,70	„
Brot	0,75	„
Margarine	0,90	„
Mehl	0,27	„
Salz	0,10	„
Kartoffeln	0,40	„
Wurst	0,52	„
Gerste	0,25	„
Seife und Soda	0,23	„
Streichhölzer	0,03	„
Zeitung	0,40	„

Damit ist mein „Etat“ erschöpft, auf Heller und Pfennig ist es aufgegangen. Und jetzt noch ein Viertel weniger? Wäsche, Stiefelsohlen, Neuanfassungen usw. Milch, Fleisch oder Obst kommt überhaupt nicht in Frage. Und jetzt werde ich nur noch ein-



Not im Hause

fache Wasserlappen kochen müssen, auch noch ohne Salz. Nicht mal mehr Gerste kann ich kaufen, Wasser wird an Stelle des Gerstentaffees treten.

### Für die Kinder nichts mehr

Die Kaufmannsrau kommt aus dem Laden auf die erregt schreienden Frauen zu und mischt sich ins Gespräch. „Ja, auch mit uns kleinen Geschäftseuten wird hart umgesprungen, Steuern über Steuern, neue Notverordnungen ... jetzt kommt noch die Salzsteuer hinzu.“ „Ihr Salz können Sie sich auch einfallen“, schreibt die kleine schwächliche Frau, die zwei Kinder an der Hand hält. „Salz und Brot macht Wangen rot“, jagten sie uns einmal, jetzt

nimmt uns die Regierung noch das Salz vom Brot!“ Harte Worte fliegen hin und her, Worte, die anklagen, die helle Wut und Empörung der Frauen kennzeichnen. Die Kriegerwitwe B. kommt vom Fürsorgeamt, wo man ihr auch bereits die neuen Sätze für sich und ihre beiden Kinder mitgeteilt hat. Bisher zahlte man für die beiden Kinder noch Waisen- und Zusatzrente. Jetzt werden ihr Zusatz- und Waisenrente gestrichen, so daß sie für die Kinder nichts mehr bekommt. Ein Abzug von 50 Prozent ist das.

### „Dank des Vaterlandes“

Noch viel schlimmer sieht es bei den Invaliden aus. Der Dank des Vaterlandes wurde ihnen hoch und heilig versprochen und jetzt? 6 Mark werden von den kümmerlichen Renten der Invaliden gestrichen, 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen. Die Worte schwirren nur so hin und her. „Für Hindenburg haben wir noch unsere Stimme gegeben, weil die SPD-Führer ihn uns so empfohlen haben, als den Mann, der den Faschismus schlägt. Sie jagten uns, daß durch die Wiederwahl Hindenburgs uns Arbeit und Brot sicher wäre. Und jetzt? Jetzt haben wir eine Regierung, die uns keine Arbeit, unseren Kindern kein Brot gibt, sondern immer härtere Schläge für die Vermissten der Armen verteilt. Unterstützungs- und Rentenaabbau, Salzsteuer ... dazu noch die blutige Unterdrückung durch die braunen Morbbanditen der Nazis.“

### „Maul halten“

Wenn wir beisammenstehen und erzählen, kommt auch noch die Polizei und fordert uns auf, auseinanderzugehen. Wir können uns nicht mal mehr was erzählen. Und habt ihr schon von dem Schicksal der armen Frau gehört, die kein Dach über dem Kopf hat. Auf dem Andreasplatz, im Osten Berlins, stand sie auf dem Platz, die Schupos forderten sie auf, wegzugehen, aber sie ging nicht, weil sie nicht wußte, wohin. Da jagten sie die Schupos in nicht gerade sanfter Weise und brachten sie hinweg. Aber ob ihr dadurch geholfen ist, na ich weiß nicht, was noch alles kommen wird!

Arbeiterfrauen! Nicht nur diskutieren und wehklagen! Schreitet zur revolutionären Tat! Protestiert, erhebt eure Stimme zur vernichtenden Anklage gegen das herrschende System - entfacht einen Massensturm gegen die Notverordnungen der faschistischen Papenregierung. Duldet keinen Pfennig Lohn- und Unterstützungsraub! Schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion!

Jede Frauenstimme für die kommunistische Partei, die allein den Freiheitskampf führt!

### Werktätige Frauen, marschiert in einer Front!

- Gegen Hunger, Krieg und Faschismus!
- Für den revolutionären Ausweg!
- Für Arbeit, Brot und Gleichberechtigung!
- Für Frieden und Freiheit!
- Kämpft mit den Kommunisten!

Wählt am 31. Juli die Liste 3!

# ECKE



## für proletarische Kinder!

## Pioniere sind im Dorf!

Durch die goldenen Roggenfelder ziehen die Kinder der Zeltkommunen „Karl Marx“ und „Rosa Luxemburg“. Die Sonne brennt doch munter ziehen sie ihres Weges. Einer Vater dem andern, um nicht die Halme zu beschädigen, die wissen alle, daß die Bauern des Dorfes Entenschrack müßtrausch sind. „Was wollen eigentlich diese Stadtkinder?“ fragen sie einander. „Uns die Kornfelder medertrampeln und den Wald anzünden, das werden sie können, weiter nichts. Sollen sich wieder zur Stadt zurückscheren - dahin, woher sie kamen!“

Gemach, ihr Bauern ... Die jungen Pioniere wissen schon, weshalb sie kamen. Es ist elf Uhr, als sie ihren Einzug ins Dorf halten. Der Zweierreihe voran werden die beiden Zeltwimpel getragen.

„Seid bereit, Proletenkinder, in Berlin, Paris und Wien! Alle Tage zu erfüllen Die Gebote von Lenin! Seid bereit! - Immer bereit!“

Das schallt die Dorstraße entlang, daß die ehrwürdigen Bauernhäuser das Wackeln bekommen. 299, 300 Jahre stehen sie nun schon hier, manches haben sie erlebt - das aber noch nie!

Vor allem wundert sich die Schule. So etwas - nein, so was, Zweimal in jeder Woche singen dort die Dorfkinder ihre Lieder. Dann steht der Lehrer mit seinem alten, speckigen Bratenrock auf dem Katheder und gibt mit seiner quietschenden Geige den Takt an. Doch das kommt alles so gequält, so gepaukt heraus:

„Ich hab' mich ergeben, Mit Herz und mit Hand ...“

Die Rotschlipse aber, die können sinzen:

„Ueber Grenzen, die uns trennen Die nur schuf das Kapital, Reichen sich die Bruderhände Lenins Kinder allzumal! Seid bereit! - Immer bereit!“

Der Lehrer flucht! Ueber die Kinder da draußen, die seine Geschwätzstunde stören. Wütend wirft er die Fensterflügel zu. Doch hell klingt in das muffige, dumpfe Zimmer:

„Unsere rote Fahne flattert Newyork und in Schanghai, von den ganzen Erdball klinget Unsere Lösung, unser Schrei: Seid bereit! - Immer bereit!“

Diese verdammten Kommunistenöhren ... Der Lehrer war so schön in Fahrt gewesen. Er behandelte gerade den Weltkrieg und dessen Ende. Er schimpfte ordentlich auf Lenin, den „Bolschewisten“, der „das ganze russische Volk in Hunger und Not gejagt hätte“.

„Man muß die Bolschewisten aus Rußland wieder vertreiben! Nur so wird die Welt wieder Ruhe und Frieden haben!“

Die Rotschlipse da draußen sind aber entschieden anderer Meinung:

„... alle Tage zu erfüllen Die Gebote von Lenin ...“

Und jetzt machen sie sogar einen Sprechchor: „Heute abend ist großes Lagerfeuer! Kommt alle hin! Wir laden euch alle ein!“

„Daß mir keiner dahin geht, zu diesen frechen Stadtkindern!“ ermahnt der Lehrer seine Klasse. „Da lernt ihr nur Dummheiten und Lügen ...“ Hehmm - machte die ganze Klasse. Hehmm - ob sie dem Lehrer folgen werden? Oder den jungen Pionieren?

## Diese kleine Erzählung ist aus dem Heft Zwölf Zelte am See

abgedruckt. Dort wird erzählt, was 150 Kinder an einem Tage in ihrem Zeltlager erleben. Zwei Dörfer stellen sie auf den Kopf - die Bauern machen sie zu ihren Freunden und der Gutsbesitzer Adelsblau kriegt die helle Wut. Denn wenn die Bauern erst begreifen, daß sie sich gegen den reichen Guts-herrn wehren müssen, dann ist es mit dessen Herrlichkeit aus! Ihr müßt diese Broschüre an alle Kinder verkaufen. Kein Pionier darf für sein Zeltlager sammeln gehen, ohne daß er „Zwölf Zelte am See“ zu verkaufen hat.

Bestellt die Broschüre beim Verlag der Jugendinternationale, Berlin SO, Brückenstraße 10b, oder bei euren Litstellen. (Verkaufspreis 10 Pfennig.)



## Arbeiterkinder! Ihr könnt alle in unsere Zeltlager mitkommen! Meldet euch bei eurer nächsten Pionierabteilung an!



# Johannisfest

gegenüber der Jahrhunderthalle

## Täglich große Sportkämpfe \* Hugo Haase's neuartige Schaustellungen

heute Montag 6 Uhr:  
**Bierboxkämpfe**  
mit nationaler Belegung

Morgen Dienstag:

5,45 Uhr: Fußballanstoß von Elvira Wilson  
6 Uhr: Vorführung von Polizei- und Schutzhunden

Eintrittspreise: 20 Pfg., Kinder 10 Pfg., Elite- und  
Sonntags 30 Pfg., Kinder 20 Pfg.  
Dauerarten für die letzte Woche nur noch 1.— Mark  
bei Barack, Wertheim, Gaiener und Hoppe

Lesen Sie die „Johannisfest-Zeitung“ \* Preisauschreiben \* 435 Bargeld- und Wertgewinne

### Rot Sport in Breslau

## Die Gesamtdemonstration der Arbeitersportler polizeilich verboten

Nazis und Stahlhelmer dürfen die Straßen unsicher machen — Proletarische Lieder singen und Photographieren verboten — Naziprovokationen — Sportler werden verhaftet

Breslau. Die roten Arbeitersportler, die gestern in Breslau in ihrem ersten Landestreffen sich versammelt hatten, haben mit aller Deutlichkeit das Vorhandensein einer Breslauer „Volkspolizei“ gespürt. Während Nazis und Stahlhelmer in den letzten Tagen in un- eingeschränkter Weise die Straßen unsicher machten, ohne daß die Polizei sich veranlaßt gesehen hätte, einzuschreiten, wurde den roten Sportlern das gemeinsame Aufmarschieren in den letzten Stunden noch verboten.

Am Sonnabendnachmittag erhielt die Landesleitung der Kampf- gemeinschaft für rote Sporteinheit die „Genehmigung der Demon- stration“, die erstmals mündlich zugesichert war, mit nachfolgenden Einschränkungen der Polizeiverwaltung:

„Die einzelnen Abteilungen haben von ihren Stellplätzen direkt ohne Verührung des Platzes der Republik nach dem Sportplatz Hardenbergshügel zu marschieren. Fahnen, Transparente und Musik- kapellen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Märsche von den ein- zelnen Sammelplätzen bis zum Sportplatz dürfen keinen demon- strativen Charakter tragen. „Hoch!“ und „Nieder!“-Rufe dürfen nicht erfolgen. Sprechchöre dürfen nicht auftreten.“

Diese Einschränkung, die einem Demonstrationsverbot gleich- kommt, ist ein Schlag gegen die rote Arbeitersportbewegung. Während in den letzten Tagen die SA-Banden der Nazis unumschränkt ihre Demonstrationen abhielten, ohne daß sich ein Polizeibeamter hätte sehen lassen, ja man den SA-Banden selbst die Regelung des Straßen- verkehrs überließ, war gestern die gesamte Polizei gegen die roten Sportler aufgeboten. In den verschiedenen Stellen der Stadt kam es auf Grund von Provokationen und der überreifen Polizei zu Zu- sammenstößen.

In der Leisingstraße versuchte ein Polizeioffizier den marschie- renden Zug aufzulösen, wobei „Rot Sport!“ gerufen worden war. Eine Schikagade wurde geradezu auf die Arbeiterphotographen gemacht. Nicht nur, daß das Mitführen von Fahnen, Transparenten, Musik- kapellen usw. und das Singen politischer Lieder, selbst Sportlieder verboten wurde; selbst das Photographieren der anrückendenzüge sollte verboten sein.

Immer wieder konnte man an den einzelnen nach dem Harden- bergshügel (Sportplatz) marschierenden Zügen Provokationen bemerken. Die Polizei, die durch die beschriebenen Zurück- und Zusammen- gehungen der an den Straßen lebenden Bevölkerung äußerst nervös war, schlug bei jeder Gelegenheit auf die Arbeiterverbände und die Umherziehenden ein. In einem rechtsseitigen Zusammenstoß kam es in der Grabhauer, Ecke Kapitzstraße. Hier hatte ein Naziprovokateur seine Notaridentität auszuweisen und bekam im Handumdrehen eine proletarische Ohrspeiche verpasst. Die Polizei nahm dies zum An- laß zu einer Attacke gegen die Sportisten und die mit ihnen ziehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Mächtiglos schlugen sie auf die Arbeiter ein. Ein Arbeiterverbändler, der zu derselben Zeit eine Momentaufnahme zu machen versuchte, wurde ebenfalls sofort verhaftet und niedergeschlagen. Der Photoapparat soll ebenfalls in die Hände der Polizei gelangt sein. Es wurden an dieser Stelle einige Verhaf- tungen vorgenommen. Eine Arbeiterin, die in einem Hausflur ge- treten war, um sich ihren Zornausbruch zu machen, wurde beim Her- austreten festgehalten, da sie nach der Ansicht der Polizeibeamten in den Verdacht geraten war, den Nazi mit einem Stock geschlagen zu haben. Sowohl wie am Schluß der sportlichen Veranstaltungen fest- stellen war, waren eine ganze Anzahl Arbeiterverbändler und Arbeiter- photographen im Verlauf des Nachmittags verhaftet worden, wovon ein Teil derselben bis abends wieder auf freien Fuß gelassen werden mußten.

Nach dem Einmarsch sämtlicher Abteilungen auf dem Sportplatz hielt ein Genosse der Kampfgemeinschaft eine kurze Ansprache, in der er auch den Protest der roten Arbeitersportler gegen die Polizeimaß-

nahmen, die die Stahlhelmer mit ihren schwarzweißroten Fahnen durch die Straßen fahren lassen, die ungehindert ihre demissionarische Wahlpropaganda treiben dürfen, zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig brachte er zum Ausdruck, daß sich die roten Arbeitersportler durch diese Maßnahmen nicht vom Kampf abhalten lassen, sondern nur, er sei recht in der roten Einheitsfront des kämpfenden Proletariats für den Sturz

Breslau. Vor einigen Tagen fand eine Versammlung der Handels-Gitarbeiter des Gesamtverbandes statt. Ständer gab einen Bericht über die Verhandlungen und den Spruch des Schlichtungsausschusses zum Manteltarifvertrag. Der neue Mantel- tarifvertrag bringt eine Reihe großer Verschlechterungen mit sich. Der Urlaub wird nur noch zu 70 Prozent bezahlt. Die Arbeitsbereitschaft für Wächter, Pfortner usw. wird eingeführt, d. h. der Zwang zur Leistung unbezahlter Arbeit. Die Bezahlung des Krankengeldes ist ebenfalls verschlechtert worden. Es werden im Ju- lium an der Spitze nur noch 18 Tage, bisher 21 Tage gezahlt. Bei Bezahlung der Überstunden ist es das gleiche. Es werden nur noch diejenigen bezahlt, die ausdrücklich angeordnet und nachträglich für „notwendig“ erachtet werden. Auch die Kriegsbeschädigten werden arg in Mitleidenschaft gezogen. Bisher bekamen sie noch vier Wochen nach der Mündigung ihren Lohn, jetzt unterliegen sie den gleichen Be- dingungen, wie die anderen Arbeiter, wenn im Betrieb verfaßt ge- arbeitet wird.

Ständer brummte etwas von „Majjahr 1932“ und empfahl die An- nahme des gefällten Spruches. Einige Kollegen stellten Anfragen über Einzelheiten des neuen Manteltarifs, in denen sich ihre Unzu- friedenheit bemerkbar machte.

In der Diskussion sprach der Kollege Bahner. Er wies darauf hin, daß alle Verschlechterungen, die der Manteltarif bringt, un- schätzbare Auswirkungen haben, da ja die unerhörten Angriffe durch die neue Notverordnung die Lebenslage der Arbeiter ungemein ver- schlechere. Auf den Inflationär Ständer: „Sehr richtig!“ wurde ihm sofort erwidert, daß diese ersten Taten der Baden-Regierung nur eine Fortsetzung der letzten Absichten der Brüning-Regierung gegen die Arbeiterklasse bedeuten. Die Führer des ADGB haben den Notver- ordnungsakt nicht nur unterzeichnet, sondern vortätig mit durchgeschickt. Der Lohnbau-Minister Zwargwald wurde völlig von „unseren“ Gewerkschaftsführer auf den Kräftentag betraut. Auch der Ober- landesrat Straßer hat lobende Worte auf die Beschlüsse dieses Kongresses der Gewerkschaftsbürokraten, unter Ausschaltung der wirklichen Ober- der Kräfte, gesprochen.

Ständer und Stenzel redeten wie mit Engelszungen und verurteilten alle Verschlechterungen als unbedeutend hinzustellen, und begründeten es damit, daß ja die Unternehmer noch viel mehr gefordert hätten. Das ist ja wieder die berühmte Politik des kleineren Übels. Das ist so, als wenn einem 50 Mark geklaut werden und die Diebe sich damit ent- schuldigen, nicht 80 Mark geklaut zu haben.

Ständer sprach dann davon, daß man sich von vornherein hätte darauf einstellen müssen „Haare zu lassen“. Wie las er soll dieses Haare lassen noch weitergehen?

Tariffragen sind Machtfragen, doch nur dann ist die Arbeiterklasse eine Macht, wenn sie sich zum gemein-

der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Errichtung der sozialisti- schen zu freiten.

Anschließend wurden auf dem mit roten Transparenten und Fahnen geschmückten Sportplatz gute sportliche Leistungen gezeigt. Näherer Bericht siehe Sportseite.

### Arbeiter-Photographen

Heute, 20 Uhr, findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Alles muß erscheinen. Um 1/28 Uhr Fraktionsführung.  
„Freie Operantio-Bereinigung Breslau“, Dienstag, den 21. Juni, um 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17, Übungsabend.

### Achtung! Musikonzert

Am Mittwoch finden in der Zeit von 17—19 Uhr, zwei Musik- konzerte statt. Striegauerplatz: Musikverein „Waltüre“, Westpark: Musikverein „Fortschritt“. Arbeiter erscheint in Massen!

## Ständer und Stenzel vom Gesamtverband für den lohnraubenden Tariffspruch

Kollegen müssen den Kampf gegen jede Lohnverschlechterung organisieren

Jamen Kampf gegen Lohnabbau, weitere Verschlechterung und Faschismus zusammenschließt.

Auch der ADGB, mit seinen mehr als vier Millionen Mitgliedern, ist noch eine Macht, wenn er die Arbeiter in den Kampf führt. Doch diese Versammlung ist der Ausdruck dafür, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik diese Macht nicht im Interesse der Arbeiterheit, sondern der Unternehmertum ausnützen. Von 1500 im Gesamtverband orga- nisierten Breslauer Handels-Gitarbeiter sind nur hundert Kollegen erschienen. Das bedeutet, daß der allergrößte Teil der organisierten Kollegen nichts mehr von der Politik der Gewerkschaftsführer erwarten, aber auch darüber hinaus die große Masse der unorganisierten Arbeiter will nichts mehr von der Politik der Gewerkschaftsführer wissen. Wenn wir kämpfen führen wollen, und die meisten von uns führen, denn das ist ein Lebensfrage für die deutsche Arbeiterheit, dann muß man an die Masse, in diesem Fall, an die Masse der Handels-Gitar- beiter herankommen. Deswegen wird vorgeschlagen, sofort Betriebs- versammlungen durchzuführen, in denen aus der gesamten Kollegen- schaft betriebliche Kampfmaßnahmen gewählt werden, die sofort an die Organisierung des Streiks gehen. In Breslau hat bereits der provi- sorische Kampfausschuss begonnen, den Massenentscheid der Arbeiter zu organisieren, um den immer stärker werdenden Provokationen der Faschisten, die in Breslau bereits das RW-Mitro, Arbeiterheime und Proletarier überfallen und die in Frankfurt a. O. sogar das Gewerks- chaftshaus demolierten, entgegenzutreten. Tiber provisorische Kampf- ausschuss, dem Arbeiter der verschiedenen politischen Richtungen und Gewerkschaften angehören, haben zu einer

Betriebskonferenz am Dienstag, den 21. Juni, um 19.30 Uhr, im „Ederstrom“, Uferstraße

angeraufen, und alle Kollegen müssen sich dafür einengen, daß die Ein- heitsfront aller Betriebsarbeiter, gleich welcher Partei und Gewerks- schaft, hergestellt wird, zum gemeinsamen Kampf gegen den gemein- samen Feind.

Auch der Kollege D. trat Stenzel entgegen und forderte die Ablehnung des Tarifvertrages. Auch er betonte die Not- wendigkeit des gemeinsamen Kampfes der gesamten Arbeiter. Wenn Ständer vom „Majjahr 1932“ spricht, wer garantiert denn dafür, daß die reaktionäre Baden Regierung nicht noch weiterhin die Lebenslage der Arbeiterheit verschlechtern wird? Tariffragen sind Machtfragen und nur durch den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter kann den An- griff der Kapitalisten mit Erfolg entgegengetreten werden. Der Tarif bringt empfindliche Verschlechterungen für die kriegsbeschädigten Kollegen, gerade in einer Zeit, wo ein neuer Krieg mit allen Mitteln vorbereitet wird. Wenn sich hier ein SPD-Kollege gegen die Erwerbs- losen gewendet hat, dann sei ihm nur gesagt, daß die Erwerbslosen genau so gute Kollegen und Massengenossen im Kampfe sind, wie die Betriebsarbeiter, die schon morgen in größeren Massen zum Erwerbs- losenheer stoßen werden. Dann appellierte er an die Kollegen, die Betriebskonferenz am 21. Juni zu unterstützen, in ihren Betrieben Propaganda dafür zu machen, Delegierte nach dorthin zu entsenden und sich hinter den provisorischen Kampfausschuss zu stellen.

Nachdem noch einige Anfragen erledigt wurden, verabschiedete Ständer im Schlußwort mit folgendem Worten die Kollegen zur Annahme des Tarifvertrages zu bewegen. Natürlich dürfte bei seinen Worten nicht die KPD und Kommunisten fehlen. Mit solchen Mägen wie: „Die Kommunisten hätten Reichsbannerleute überfallen, und die KPD betreibt eine Spaltungspolitik“ versuchten die Gewerkschaftsführer von ihrer arbeitereindlichen Handlungsweise abzulenken.

Bei der Abstimmung über den Tariffspruch ergab sich, daß sich von den 1500 organisierten Handels-Gitarbeitern nur 32 Kollegen für die Annahme stimmten, während 12 dagegen und die übrigen etwa 50 Kollegen sich der Stimme enthielten. Eine Entschädigung, die die Ablehnung des Tarifs, die sofortige Durchführung von Betriebsver- sammlungen, Wahl betrieblicher Kampfleitungen und die Entsendung von Delegierten zur Betriebskonferenz forderte, die dort als Gäste teil- nehmen sollten, versuchte die Versammlungsleitung abzuwürgen. Jedoch dem Druck der Kollegen folgend, mußte sie vorgelesen werden, und wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Der Ausgang dieser Versammlung hat gezeigt, welche große gewerkschaftliche Arbeit noch unternommen zu leisten ist.

Verantwortlich für den politischen Teil: Probing und Polates: Erich Goppe, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feudrich, Berlin. — Für den Informat: Albert Gellam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Lebnitzer Straße 50.

## Pflichtarbeiterstreik steht ungebrochen trotz Polizeiterror

Arbeiterfrau legt ihr Kind vors Polizeiauto — Neu zur Arbeit Zugeteilte treten sofort in den Streik

Brieg. Am 20. Tag kam es anlässlich einer Erwerbslosenversammlung zu heftigen Zusammenstößen. Die Polizei verbot, die Erwerbs- losen, die sich mit den streikenden Pflichtarbeitern solidarisiert hatten und vom neuen nach dem Mathons zogen, auseinanderzuprügeln. — Wundtag schlugen die „Ordnungshüter“ auf die Menschen, selbst Un- schuldig, ein. Ein hundertprozentiger Kriegsbeschädigter wurde voll- ständig bewußtlos geschlagen und mußte wegttransportiert werden. Eine Arbeiterin wurde auf die Protesten gemacht. Bis in die Häuser wurden sie vertrieben und dort verprügelt. Wie verzweifelt die Pro- testanten handelten, zeigt daraus hervor, daß eine Arbeiterin ihr Kind vor das Polizeiauto legte und schrie: „Da, fährt es tot, da braucht es nicht zu verhungern!“

Immer wieder kam es an den verschiedenen Straßenecken zu Zusammenstößen, die auseinandergeprügelt wurden. Daß die Arbeiterinnen und Erwerbslosen kampfbereit sind, beweist die am Abend im „Weinberg“ abgehaltene Protestkund- lung, die noch besser verlief, als die vor zwei Tagen statt- gefundene. Die vom Magistrat neu vermittelten Pflichtarbeiter sind Mathons fern. In den Streik getreten. Das ist der beste Beweis, daß

die Arbeiter immer mehr erkennen, daß sie durch die geschlossene und entschlossene Kampfführung nur ihr Ziel erreichen können. Auch die Sympathie der Geschäftsleute mit den Streikenden ist groß. Sie spenden Lebensmittel und Geldbeträge zur Verpflegung der streikenden Pflicht- arbeiter, die durch die JAG, welche eine Klüme eröffnet hat, vor- gekommen wird.

Brieg steht im Zeichen des Belagerungszustandes. Jegliche An- sammlungen sind verboten und dort, wo sich nur einige Menschen zu- sammenstellen, werden sie auseinandergeprügelt. Das nächste Ziel ist, welches sonst recht spärlich ist, wird jetzt die ganze Nacht aufrechterhalten.

Nur vor Redaktionsschluß wird uns noch mitgeteilt, daß am Sonnabend, nachmittags auf dem Ring eine Kundgebung mit an- schließender Demonstration stattfand, an der sich circa tausend Personen beteiligten. Es sprachen je ein Vertreter der JAG, der SPD und einer vom Reichsbanner. Eine Resolution, in welcher Protest gegen die schändlichen Maßnahmen des Magistrats erhoben wird und die Freilassung der verhafteten Arbeiter gefordert, wurde mit großer Begeisterung angenommen.

## Ein Erfolg der Streikbereitschaft der Arbeitsdienstpflichtigen

# Arbeitsdienstpflichtlager in Giesmannsdorf aufgelöst

Uns wird mitgeteilt, daß das Arbeitsdienstpflichtlager in Giesmannsdorf ab 15. Juni aufgelöst wurde. Das ist ein sehr bedeutungsvoller Erfolg der dortigen Arbeitsdienstpflichtigen. In der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten wir bereits am 8. Juni eine Entschließung, die von den dortigen Jugendlichen am 3. Juni an die Adresse der Regierungsbehörde in Weizsäcker verfaßt wurde. In dem Arbeitsdienstpflichtlager in Giesmannsdorf sind etwa 70 Jugendliche aus den umliegenden Orten untergebracht. Es bestand der Plan, die Jugendlichen, die bisher jeden Tag nach Hause gingen, kasernenmäßig unterzubringen und zu beschäftigen. Damit in Verbindung sollte eine Kürzung ihres Lohnes eintreten.

Die Arbeitsdienstpflichtigen hatten beschlossen, im Falle der Durchführung dieser Maßnahmen am 15. Juni in Streik zu treten.

Auf diesen Streikbeschuß wurde jetzt mit der Auflösung dieses Arbeitsdienstpflichtlagers geantwortet. (Wir werden darüber noch ausführlicher berichten.) Ohne Zweifel ist das ein Erfolg der zum Streik bereiteten Jugendlichen. Aufgabe der Jungarbeiter, die in diesem Arbeitsdienstpflichtlager zusammengefaßt waren, ist es, jetzt einen energiegelassen Kampf für die Ausbezahlung der alten Unterhaltungsätze und darüber hinaus für Arbeit zu tariflicher Entlohnung aufzunehmen. Man wird jetzt versuchen, die Jugendlichen aus dem aufgelösten Lager in andere Arbeitsdienstpflichtlager aufzustellen. In diesem Falle müssen die Jugendlichen dort in derselben Weise wie in Giesmannsdorf auftreten. Duldet keine Kasernierung! Kämpft um tarifliche

Löhne! Wir rufen alle Jungarbeiter auf, sich zu diesem Kampf in die Antifaschistische Aktion einzureihen!

## Morddrohungen der Nazis

Waldenburg-Altwasser. Einige Nazis diskutierte letzte Woche mit einem kommunistischen Arbeiter. Daß die Unterhaltung wegen der politischen Gegensätze erregt war, versteht sich. Während die übrigen Nazis weggingen, blieben zwei davon zurück, von denen der Erwerbslose Pablowski dem kommunistischen Arbeiter, der sich für Hitler absolut nicht erwärmen konnte, einige Schläge unter dem Vorwand der genannten Nazi roh voringing. Bereits vor längerer Zeit äußerte sich P. demselben Arbeiter gegenüber, daß er der erste sein wird, wenn Hitler aus Rufer kommt, der ihm (dem Arbeiter) etwas durch die „Wampe“ jagt.

So sehen die Elitelente dieser „Arbeiterpartei“ aus. Nicht die bei ihnen doch angeblich so verhassten Juden, nicht die Schwerverdienen und Antifascher sollen in der „Nacht der langen Messer“ zu Schaden kommen, sondern die marxistischen Arbeiter, die um Lohn und Wert und Freiheit kämpfen. Ein schönes „Totes Reich“, das da kommen soll!

Arbeiter! Seht euch gegen diesen Terror zur Wehr und schließt euch dem proletarischen Massenstreik an. Folgt dem Beispiel vieler Orte, die bereits dazu übergegangen sind.

# Zwangsversteigerungen bei Kleingewerbetreibenden

Der Mittelstand wird durch die Notlage der Arbeiterklasse ruiniert — Tägliche Versteigerungen — Kleingewerbetreibende, schließen euch der Kampffront der Arbeiter an!

Langwalsersdorf. Die Notlage der Arbeiterklasse im Waldenburger Raum vermag sich auch auf das Leben der Kleingewerbetreibenden auszuwirken. Mit dem andauernden Lohnabbau, mit den Preissenkungen, mit dem Unterhaltungsabbau steigt ständig die Zahl der ruinierten kleinen Geschäftleute. Allein im Monat Juni wurden 4 kleine Geschäftsbetriebe vor Versteigerungen, Auktionen — etc. etc.

Anfang des Monats wurde bei dem Gastwirt Leber Zwangsversteigert. Am 18. Juni ereilt den Gastwirt Alwin Michard das selbe Schicksal. Ursache? Mühseländige Steuern und Zinsen. Die Geschäftsinhaberin Kohn mußte am 15. Juni ihr Geschäft schließen, weil sie seit drei Monaten die Miete nicht zahlen konnte. Dem Geschäftsinhaber Kraus wurde am Montagabend (als es schon dunkel war) der Laden ausgedrückt. Selbst die letzten zwei Köpfe Wirtsfrauen verließen der Versteigerung.

Die Versteigerungen sind schmerzhaft! Heute der, morgen ein anderer Kleinrentner, heute der, morgen wird verdrängt. Sie gehen über den Haufen und Gläubiger, den alle Arbeiter gehen. Nur ein wenig die kleinen Geschäftleute noch nicht, daß auch sie nur durch das Zusammenstoßen mit der Arbeiterklasse dem vollkommenen Untergang entgegen kommen. Leider suchen gerade die Große des verarmten Mittelstandes in der Verarmung ihre letzte Rettung bei den Arbeitsdienstpflichtigen. Die Nazis fordern Arbeitsdienstpflicht, durch die sie den Arbeiter die Arbeitskraft genommen wird, Geld zu verdienen und das Geld wieder anzulegen. Wenn der Arbeiter kein Geld hat, kann auch der Geschäftsmann nicht leben.

Die Versteigerung waren, die von den Nazisführern in all ihren Tagen — heute wird, hat durch ihre erste Reihenordnung dem Kleinrentner einen neuen Schlag verleiht, der noch mehr Bankrotte zur Folge haben wird.

Bisher waren von den 4,5 Millionen Umsatzeverpflichtigen etwas über 2 Millionen von der Umsatzsteuer befreit, weil ihr Umsatz unter 2000 Mark lag. Durch die erste Reihenordnung der Nazis-Papier-Versteigerung fällt diese Befreiung weg. Es gibt keinen umsatzsteuerfreien Betrag mehr.

Die Versteigerung trifft in aller Schärfe das Kleingewerbe. Durch die Versteigerung von 15 bis zum Hund erhalten die kleinen Händler einen neuen Schlag. Es ist die Versteigerung mit Unterstützung der Nazis-Führer für den vollständigen Ruin der Kleingewerbetreibenden.

Dagegen ist es nur ein: Die Arbeiterklasse beginnt sich zur Antifaschistischen Aktion zusammenzuschließen. Der notleidende Mittelstand, die Kleingewerbetreibenden müssen sich an diesem Kampf unter Führung der Arbeiterklasse beteiligen. Nur im gemeinsamen Kampf aller Notleidenden wird dem Hungerdasein ein Ende bereitet, wird für alle Arbeit, Brot und Freiheit geschaffen!

## Ein „feiner“ Hausbesitzer

Charlottenbrunn. Es ist merkwürdig, daß wir uns einmal mit dem 2. Juni 1932 in der Wohnung eines Hausbesitzer befanden. Umständliche Details sind hier nicht zu erörtern. Der Herr ist 1921 überredet. Wir haben bei ihm einen „feinen“ Hausbesitzer. Seine Frau hat sich auf Grund der Liebes- und Eheliebe von dem Mann gelöst. Seit er nun bezahlen muß, ist er ein „feiner“ Hausbesitzer und muß alles auf diese ab. Nicht verkennt, daß er ein „feiner“ Hausbesitzer ist und 15 Quadratmeter im Monat im Wert von 1000 Mark. Seit dem nun der Herr die Miete von 1000 Mark zahlen muß und nur 13 Mark bezahlen konnte, ist er dem Hausbesitzer ein Dorn im Auge. Mit allen Möglichkeiten, konnte er nicht bezahlen und schließlich. Am Sonntag trafen wir uns zu einer Kasseinversteigerung, während der Miete von dem Mann bezahlt wurde und ihn blutig schlug. Die Wirtsfrauen kamen zu Hilfe und ich dem Mann ein Bündel Haare vom Kopf.

Wenn Wohlfahrtsempfänger und deren Kinder nach Brot schreiben, da heißt es: „Sie verdrängen die Burggäste.“ Wenn aber „anständige Bürger“ nach machen, daß Missetäter und Einwohner auf der Straße sein müssen, oder andere die ganze Nacht hindurch laufen und dann bei um 4 Uhr die Burggäste beschließen und beschließen, so findet das die Wohlfahrts in Verachtung. Zu dem letzten Falle werden wir noch besonders Stellung nehmen, da uns die Namen bekannt sind.

## Ein Dokument der Schande

Landeshut. Nachfolgender Anschluß gibt den Nachweis des „sozialen Verhaltens“ des Kreisaußschusses des Bezirksverbandes: Vergleichliche Hilfe für Unterhaltungsempfänger.

Am 20. Juni 1932 zahlten die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger einschließlich der Sozial- und Kleinrentner für Erlangung eines

Krankenschuldes, der für drei ärztliche Leistungen am Tage gilt, eine Gebühr von 30 Pfg. Für jedes Rezept ist in gleicher Weise wie bei der Krankenkasse ein Anteil von 20 Pfg. pro Rezept in der Apotheke zu zahlen.

Kreisaußschuß und Bezirks-Ärztlerverband des Kreises Landeshut.

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nach Ansicht der Behörde unbedeutend. Die Ärzte in Landeshut nehmen, deswegen, nach Dr. Dettler als Exponenten, die Maßnahme, die ein Leben für die Armen der Armen ist. Der Wille, diesen Schandbeschuß zu befechtigen, muß zum Erfolg führen.

## Die Hakenkreuzlandsrechte des Kapitals

Vollent. Vor kurzem sprach hier in einer öffentlichen Versammlung ein gewisser Herr von der „Glaube“. An der Diskussion gewählte man dem Genossen Hiller eine interessante Redezeit. Unter häßlichem Beifall erläuterte er die Rechte der Hakenkreuzler als Versteigerer des Kapitals. Als er die vollständige Teilnahme der Nazis, die sich in der letzten Reichstagswahl offenbarte, anrangern wollte, entzog man ihm das Wort. Der anwesenden Arbeiter be-

## SPD.-Arbeiterkorrespondenten berichten

was zu tun ist, um eine einheitliche Kampffront der ganzen Arbeiterklasse gegen Krieg, Hunger und Faschismus zu schmieden. Jeder kommunistische AK-Mann sorgt dafür, daß Arbeiterbriefe von allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei an die Adresse: Maria Reese, M. d. R., Berlin, Reichstag, gesandt werden zur Veröffentlichung im Diskussionsorgan

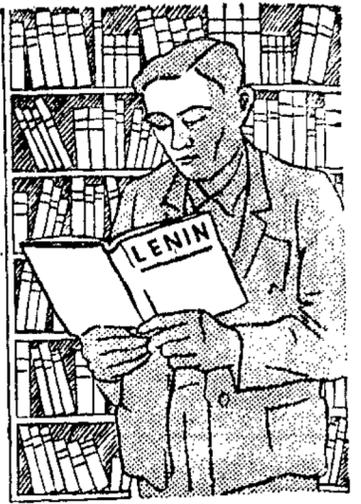


# SPD.-Arbeiter rücken von der „Bergwacht“ ab

Ströbel. Immer mehr vermindert das Vertrauen der hiesigen Arbeiterklasse zu den Führern der Gewerkschaft und SPD. Die Gründung einer Liga der SPD. und des Reichsausschusses des SPD. sind die letzten Schritte, die die Arbeiterklasse auf die Verwerfung der SPD. zu führen. Um die Arbeiterklasse von dem Genossen Steiner fernzuhalten, greift man zu den erbärmlichsten Verweidungen. Unter der Überschrift: „Nicht am richtigen Platz“ bringt die „Bergwacht“ in Nr. 122 die unheimlichen Verleumdungen gegen den Genossen St., in das die eigenen Genossen von diesen Verleumdungen weit abdrücken. Nicht ein einziges Wort, mit Ausnahme, daß Genosse Steiner aus dem Reichsausschuß der SPD. entfernt ist, ist in der SPD. Meinerdeutlicher Ruf der Genossen Steiner die Wohnung gefündigt hat, ist wahr. Genosse Steiner ist aus dem Reichsausschuß der SPD. entfernt worden, weil er für die SPD. eintrat und gegen das Verhalten des Reichsausschusses der SPD. vertrat. Es ist keine Schande, wenn Genosse Steiner als Wohlfahrtsempfänger die hohe Miete von 20 Mark nicht mehr aufbringen kann. Es ist aber beschämend für einen SPD. Gemeindevorsteher und für die „Bergwacht“, wenn man aus diesem Grunde den Genossen St. wohnungslos machen will und die „Bergwacht“ sich nach herab, ein solches Verbrechen zu billigen. Man wolle den Genossen Steiner auch einer Unterbringung bezichtigen. Auch hier mußte ein Verbrechen erfolgen, weil die Angaben alle erlogen waren. Der Verreiber dieser Verleumdung ist uns bekannt. Es ist kein anderer als der Vorsitzende des hiesigen Ortsausschusses des Reichsausschusses der SPD. Reich war kurze Zeit Redakteur der Arbeitergemeinschaft in Ströbel und wurde von dieser zum Teufel gejagt, weil er die Gewerkschaft um

## Diese Bibliothek

kannst du beinahe geschenkt erhalten. Sie enthält theoretische Literatur, so zum Beispiel die ganze Serie der „Elementarbücher des Kommunismus“, revolutionäre Belletristik usw.



Frage deinen Literaturobmann

mächtigte sich darauf eine große Erregung. Der Versammlungsleiter versuchte, die Situation dadurch zu retten, daß er die verbotene SA. auf die Saalfseite, wo der Genosse Hiller mit einer Anzahl Genossen, Sympathisierender und SPD.-Proleten sah, kommandierte. Diese versuchten die Arbeiter auf der betriebsigen Seite abzuriegeln, jedoch im selben Moment verließen die Proleten ohne Unterschied der Parteirichtung mit dem Genossen Hiller geschlossen den Saal. Die SA.-Leute standen danach verdattert vor den leeren Stühlen.

Mit dieser Versammlung wurde auch den SPD.-Arbeitern klar, daß es höchste Zeit ist, sofort rote Selbstschutzstaffeln zum Kampf gegen den Faschismus zu bilden.

## Firma Paul Gruschke braucht keine kranken Leute

Wöhlenau. Bei obengenanntem Mühlenbesitzer war ein Fräulein krank in Arbeit. Beim Wäsche waschen kam sie in die Walze, so daß sie krank feiern mußte. Nach 14 Tagen erhielt sie folgendes Schreiben:

Wöhlenau, den 14. Juni 1932.  
Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich ab Juli ein kräftigeres Mädchen für meine Landwirtschaft und Feldarbeit gemietet habe und mich Ihnen für den 1. Juli kündigen. Unter schrift.  
Das ist nicht etwa der erste Fall bei dieser Firma. Kranke Leute werden nicht gelitten, auch wenn sie dort krank wurden. Am „dritten Reiche“ sollen ja Kranke gleich auf den Kirchhof wandern.

## Unerhörte Beschimpfung der Erwerbslosen

Sagan. Welch unerhörten Schlägen die Wohlfahrtsempfänger gegenüber den Wohlfahrtsärzten ausgeführt sind, soll folgender Fall beleuchten. Die Frau eines Wohlfahrtsempfängers, welche laut ärztlichem Urteil an Gebärmutterentzündung und Knickung leidet und nicht fähig ist, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, erhielt eine Arbeitszuweisung nach dem Stadigut Luthröta bei Sagan. Als sie dieser Auforderung nachkam, wurde ihr auf dem Gut erklärt, daß nur arbeitsfähige, starke und nicht kranke Leute beschäftigt werden könnten. (aufschlag) gesperrt. Als sie beim Wohlfahrtsdegrementen Herrn Tarnowin wurde ihr die Wohlfahrtsunterstützung von 4 M. (Frauenbürgermeister Sterka vorstellig wurde, erklärte man ihr:

Die Wohlfahrtsverwerbslosen sind faul und wollen nicht arbeiten, mithin kriegen Sie keine Unterstützung.“

Hört ihr es, ihr Wohlfahrtsempfänger! Dieser Wohlfahrtsdegrement ist ein SPD.-Mann! Da die Frau auf Grund dieser Krankheit bettlägerig ist, trat der Wohlfahrtsarzt Dr. Teichmann in Funktion. Er unterrichtete die Frau und tat folgenden Anspruchs: „Sie leiden wohl an einer starken Gebärmutterknickung, jedoch bei Tragen eines Kindes könnten Sie die schwersten Arbeiten verrichten.“ Hierbei wurden die Wohlfahrtsempfänger auf das gemeinste beschimpft. Auch erlaubte sich dieser Arzt zu äußern: „Die Frau kann arbeiten gehen, während der Mann das Kind beaufsichtigt.“ Mit Unterstützung eines Erwerbslosenunterstützungsbüros erhielt der Kollege das gesperrte Geld wieder, mit dem Bemerkten: „Die Frau müsse sich binnen 4 Wochen einen Ring einlegen lassen, um arbeiten zu können.“ Bemerkte muß werden, daß die Frau bereits einen Ring trug, als jedoch der Frauendepotarzt Dr. Zudermann bei einer Untersuchung dies bemerkte, entfernte er denselben. Auch wunderte sich Dr. Zudermann, daß dies der Wohlfahrtsarzt nicht bemerkt hat. Wer hat nun Recht?

einen ziemlich hohen Geldbetrag bringen wollte. Reich hat bei seinem Fortgehen einen ansehnlichen Restbetrag in der Kasse hinterlassen. Reich war in Streitigkeiten mit seinem Parteifreund Aubig geraten und erklärte, daß er Aubig dahin bringen wollte, wohin er gehört. Von Aubig wurde ihm dann aber eine Wohnung in den Gemeindehäusern angeboten und Reich erhielt weiter verschiedene Posten. Reich fiel Aubig reumütig vor die Füße und bat ihn um Verzeihung für das, was er gesagt hat. So sieht also der Vorsitzende der hiesigen SPD. und des Ortsausschusses des Reichsausschusses aus. Ein Urteil darüber, ob Reich der richtige Mann an dieser Stelle ist, überlassen wir den SPD.-Arbeitern.

Anschließend veröffentlichen wir die Erklärung eines sozialdemokratischen Arbeiters gegen die Verleumdungen der „Bergwacht“:

### Erklärung!

Ich Entschuldigung erkläre hiermit, daß die Angaben vom 27. Mai 1932 in Nr. 122 der hiesigen „Bergwacht“ der Wahrheit nicht entsprechen. Unter „Nicht am richtigen Platz“ heißt es unter anderem, daß ich zur Räumung der Wohnung verurteilt sein soll, weil der Vorsitzende des hiesigen Mietervereins mir die Miete falsch berechnet habe. Richtig ist vielmehr, daß die Miete von dem Vorsitzenden Paul Steiner aus Ströbel richtig berechnet worden ist und der Kläger mit seiner Mietenforderung abgewiesen wurde. Ich bin überhaupt nicht zur Räumung der Wohnung verurteilt worden. Um den andauernden Streitigkeiten mit dem Hauswirt aus dem Wege zu gehen, habe ich mich freiwillig bereitwillig, die Wohnung zu räumen, wenn eine andere Wohnung vorhanden ist. Die Angaben in der hiesigen „Bergwacht“ sind nur gemeine Verleumdungen gegen Steiner. Ich bin selbst Sozialdemokrat, rüde aber von solchen gemeinen Verleumdungen weit ab. Sollte die hiesige „Bergwacht“ weiter solche Verleumdungen bringen, so werde ich diese nicht mehr weiter halten.

Ströbel, den 4. Juni 1932.

Karl Renke.

## Schöne weiße Zähne

Kommt noch einmal, Putzen mit der herrl. erfrisch. Schmelzender „Chlorodont-Zahnpaste“, kreibt uns ein Raucher. Tube 50 Pfg. und 80 Pfg.

# Der Tag der Solidarität auf dem Balkan

Schon längst vor dem 12. Juni, dem Internationalen Solidaritätstag, machten die weißen Terrorregierungen des Balkans fieberhafte Anstrengungen, um den 12. Juni in den Balkanländern zu vereiteln. In Rumänien hat die politische Polizei in Bukarest die gesamte Leitung der legalen „Rumänischen Arbeiterhilfe“ feigenommen. Sie werden des Landesverrats beschuldigt, da sie den Solidaritätstag am 12. Juni im Zeichen der internationalen Antikriegskampagne vorbereitet hatten. Sämtliche Verbandshotels der Rumänischen Arbeiterhilfe wurden geschlossen. Trotz aller Terrormaßnahmen, wenn auch alle Demonstrationen und Kundgebungen generell verboten wurden, konnte die politische Polizei nicht verhindern, daß in allen Städten des Industriegebietes Rumäniens: in Siebenbürgen und im Banat, Veranstaltungen stattfanden. Eine besondere Feiertagsfeier der Rumänischen Arbeiterhilfe schilderte die Bedeutung des 12. Juni und rief zur Verhinderung der imperialistischen Kriegsrüstungen auf. An den Feiertagsveranstaltungen nahmen in auffallend großer Zahl Jugendliche, Arbeiter, Frauen wie auch parteilose und sozialdemokratische Arbeiter teil.

In Bulgarien fanden laut den ersten Berichten in Sofia, in Sliven und in anderen Industriezentren Versammlungen und Feiertagsveranstaltungen der „Bulgarischen Arbeiter- und Bauernsolidarität“ statt. Zum ersten Male kam der Solidaritätsgedanke in diesem Terrorlande im Rahmen der legalen proletarischen Hilfsorganisation zur Befundung.

In Jugoslawien, wo die Arbeiter- und Bauernhilfe vollkommen unterdrückt wurde, gelang es zwar der Militärdiktatur, alle öffentlichen Veranstaltungen zu vereiteln, verhindern konnte sie aber auch nicht, das breite Arbeiter- und Bauernschichten über die Bedeutung des 12. Juni informiert wurden.

## Pariser Beamte demonstrieren gegen Gehaltsraub

14. Paris, 18. Juni. Als Protest gegen die von der Regierung angeordneten Gehaltskürzungen der französischen Beamten fand am Freitag eine große Kundgebung der linksradikalen Staats- und städtischen Beamten statt, die schließlich zu einem ernsthaften Zusammenstoß mit der Polizei führte. Die Teilnehmer an dieser Kundgebung versuchten, in einem geschlossenen Zug von etwa 3000 Mann durch die Straßen der Stadt zu marschieren, als sie auf ein starkes Polizeiaufgebot stießen, das ihnen den Weg versperrte. Nach einem Handgemenge gelang es, die Kundgebung zu zerstreuen, nachdem die Polizei durch berittene republikanische Garde Verstärkung erhalten hatte. Eine ganze Reihe Mädelführer konnte verhaftet werden. Unter ihnen befindet sich auch ein neu gewählter kommunistischer Abgeordneter.

## Miguel Contreras, ein Führer des südamerikanischen Proletariats, verhaftet

Buenos Aires. Beim Verlassen einer Versammlung streifender Arbeiter der Schlachthöfe von Avellaneda (Argentinien) wurde Genosse Contreras, Generalsekretär der Confederación Sindical Latino-Americana, verhaftet. Er befindet sich zusammen mit den eingeleiteten Streikenden im Polizeigefängnis von Buenos Aires.

## Theodor Plivier:

### Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

#### 4. Fortsetzung

Eine unübersehbare Menge schwerer Delikte:

Zusammenrottungen der Mannschaften! Versammlungen, in denen geplant wurde, das Inseegehen der Flotte zu verhindern! Die Matrosen verweigern das Ankerheben! Die Heizer hatten die Feuer so niedrig, daß die Schiffe nicht fahren können, oder sie löschen die Feuer ganz! Bedrohungen und Taktlichkeiten gegen Vorgesetzte! Teile der Mannschaften bewaffnen sich mit Gewehren, andere befehlen die Geschütze! Aber es wird festgestellt, daß eine einheitliche Führung der Bewegung zu fehlen scheint. Die Mannschaften widersehen sich nur dem Inseegehen der Schiffe. Nachdem es ihnen gelungen ist, den Vorstoß zu verhindern, haben sie ihren Dienst wieder aufgenommen.

Das Flottentkommando beschließt, eine Reihe von Massenerhaftungen durchzuführen. Der Dampfer „Frankfurt“ vom Norddeutschen Lloyd wird zur Unterbringung einer großen Anzahl von Leuten bestimmt. Die Arrestanstalten von Wilhelmshaven sollen weitgehend freigemacht werden. Zwecks Durchführung der Verhaftungen werden Hafendampfer requiriert. Zur Verhaftung der Meuterer auf „Selgoland“ und „Thüringen“ wird ein besonderer Plan ausgearbeitet, für den eine kriegstarke Kompanie Seebojoten, ein Torpedoboot und ein U-Boot gestellt werden. Die Boote bekommen den Auftrag, nötigenfalls mit Granaten in die Vorbatterie, in der die Meuterer sich verschanzt haben, hineinzuschleusen. Der Chef des III. Geschwaders, zu dem auch der „Große Kurfürst“ gehört, erhält die Erlaubnis, mit seinen Schiffen nach Kiel zu fahren. Der Kommandant erklärt, seine Leute wieder seit in der Hand zu haben, und in Kiel würden sie auf andere Gedanken kommen.

Am nächsten Tag werden die Verhaftungen durchgeführt.

Beer mit den Verhafteten von der „Thüringen“ zurückkehrende Hafendampfer wird von den Mannschaften der ankommenden Flotte

# Fürstenschlösser für die Arbeiter!



Dort, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, sind die Fürstenschlösser in den Händen der Arbeiter. Unser Bild zeigt die Schlösser ehemaliger russischer Großfürsten an der kaukasischen Riviera, am Ufer des Schwarzen Meeres. Diese Schlösser sind heute in ein Arbeitersanatorium „Lenin“ umgewandelt worden. Sie sind ununterbrochen das ganze Jahr geöffnet. Tausende von Arbeitern erholen sich jährlich dort, wo früher Fürsten ihr Schlemmerleben auf Kosten der Arbeiter und Bauern führten. — Wer kann in Deutschland, dem Land des Unterstützungsabbaus, der Massensteuern und des Lohnabbaus zu seiner Erholung verreisen? In Deutschland: Schlösser und Millionenabfindungen den Fürsten — Fürstenschlösser für die erholungssuchenden Arbeiter im Lande der siegreichen proletarischen Revolution!

## Prozessbeginn gegen das ZK. der KP. Bulgariens

# Angeklagte und Verteidiger aus dem Gerichtssaal geschleift

Die Treue zur verbotenen kommunistischen Partei / Große Massenkundgebungen vor dem Gericht

Wien, 19. Juni. Aus Sofia wird gemeldet: Der erste Tag des Prozesses gegen das Zentralkomitee der illegalen kommunistischen Partei Bulgariens und den Jugendverband brachte Skandale, wie sie selbst in Sofia ungewohnt sind.

Wie Schwerverbrecher gefesselt, wurden die 10 Angeklagten unter schärfster Militärbewachung in den Saal geführt. Im Zuhörerraum werden nur einige Verwandte zugelassen. Hunderte von Arbeitern und Intellektuellen brachten die Polizei zurückgedrängt. Das Gerichtsgebäude war von Polizei umlagert.

Die bulgarische legale Arbeiterpartei hatte zum Prozessbeginn eine Reihe von Versammlungen angekündigt sowie ein Meeting aus Anlaß der Entführung des mazedonischen Genossen Kawrakow. Die Polizei hat die Versammlungen und auch das Meeting verboten. Trotzdem gab es vor dem Gerichtsgebäude dauernd Ansammlungen von Arbeitern, die von der Polizei auseinandergejagt wurden. Das Meeting wurde ebenfalls durchgeführt. Mehr als 2000 Arbeiter und Intellektuelle demon-

strierten durch die Straßen von Sofia. Es wurden fliegende Versammlungen an verschiedenen Stellen der Stadt abgehalten, bei denen die Demonstranten in Protestrufe ausbrachen: „Nieder mit den faschistischen Blutbanden“, „Wir fordern Maßnahmen zur Ermittlung des entführten Genossen Kawrakow!“ Polizei zu Fuß und zu Pferde ging gegen die Ansammlungen vor und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, darunter 10 Abgeordnete der Arbeiterpartei Bulgariens.

Bei Verlesung der Anklageschrift, wobei der Vorsitzende des Gerichts die Arbeiterpartei als eine illegale Partei bezeichnet, und die illegale kommunistische Partei Bulgariens beschimpft, springt der Hauptangeklagte Zaneff auf und protestiert: „Die Arbeiterpartei ist eine legale Partei und die Taten der kommunistischen Partei Bulgariens lassen wir nur von der Arbeiterklasse, nicht aber von einem faschistischen Gericht beurteilen!“

Der an den Händen gefesselte Genosse Zaneff wird nach diesen Worten von den Polizisten im Gerichtssaal überfallen und mit dem Gewehrkolben ins Gesicht und auf den Mund geschlagen. Er erleidet schwere Verletzungen. Die dem Genossen Zaneff zu Hilfe springenden anderen Angeklagten werden ebenfalls von der Polizei niedergeschlagen und verwundet. Zum Protest gegen diese barbarischen Maßnahmen der Polizei im Gerichtssaal stimmen die Angeklagten die „Internationale“ an, worauf sie sämtlich von der Polizei geprügelt und die Hauptangeklagten aus dem Saal geführt werden. Der Verteidiger Stankuloff protestiert gegen diese Behandlung der Angeklagten. Er wird daraufhin ebenfalls von der Polizei aus dem Saal hinausgeführt. Die anderen Verteidiger verlassen aus Protest den Gerichtssaal. Das Gericht lekte die Verhandlung in Abwesenheit der Hauptangeklagten und der Verteidiger fort.

## Neues japanisches Minenfahrzeug

11. Tokio, 18. Juni. In Yokohama lief ein japanisches Minenfahrzeug vom Stapel, das nach den modernsten Plänen gebaut ist und von der japanischen Presse als der „Leine Kreuzer A“ bezeichnet wird. Der Marineminister betonte in seiner Rede die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der japanischen Marine.

Die Kattowitzer A.-G. hat um die Genehmigung zur Entlassung von 1000 Bergarbeitern auf der Myslowitz-Grube nachgesucht, da der Betrieb, in dem bisher 2000 Arbeiter beschäftigt wurden, mit dem 2. Juli d. J. teilweise stillgelegt werden soll.

Aus Anlaß des Prozesses treffen in Bulgarien von Arbeiterorganisationen und Intellektuellen zahlreiche Protesttelegramme ein, darunter eine Anzahl von Berliner Organisationen.

mit „Hurras“, begrüßt. Die Matrosen des Flaggschiffes „Friedrich der Große“ dippen vor den vorbeifahrenden Meuterern die Flagge. Zur selben Zeit geht die schnelle Division „Anker auf“.

Die vier Schiffe verlassen die Rade. Im Rote-Sand-Leuchtturm wechseln sie Kurs, dampfen die Elbe hoch und schleusen bei Brunsbüttelkoog in den Nord-Ostsee Kanal ein.

Langsam ziehen die Schiffe durch den Kanal, zwischen den flachen Feldern Schleswig-Holsteins dahin.

Die Matrosen machen wie immer ihren Dienst. Die Heizer bedienen wie immer die Feuer.

Die Unteroffiziere fingen wie immer Befehle aus. Wie immer winkt an der Böschung ein Bauernmädchen.

Auch die Gerichtsoffiziere arbeiten wieder und beginnen mit Massenverhören.

Die Mannschaft ist nach den Zusammenrottungen der Nacht wieder in Teile, in tausend einzelne, zerfallen, die jeder für sich Rede und Antwort zu stehen haben. Die aufgerufenen Heizer und Matrosen kommen gehorham und machen ihre Aussagen. Aber mit den Aussagen kann der Gerichtsherr nicht viel anfangen. Alle Beschuldigten sagen dasselbe aus und alle verschanzen sich hinter das Dunkel, in dem die Ereignisse sich abspielten:

„Ich habe erzählen hören, aber es war alles finster, und so konnte ich niemand erkennen — ja, das hat jemand gerufen, aber mit verstellter Stimme — alle liefen in den Heizraum runter, und da bin ich eben mitgelaufen; unten habe ich nichts gesehen, da war das Licht aus — ich habe an der Versammlung in der Vorbatterie nicht teilgenommen, ich ging dahin, weil ich austreten mußte; es standen eine Menge Menschen herum, aber ich jagte mir, ich will mit der Sache nichts zu tun haben. Nein, auf einzelne kann ich mich nicht entsinnen — ich habe in den verschiedenen Taschen Patronen klappern hören, aber mein Leben ist mir lieb, darum blieb ich in meiner Hängematte. Der Matrose Sonnenkalb, der neben mir schlief, kann das bezeugen — es wurde gerufen, Heizerfreiwache in den Heizraum. Ich dachte, es ist ein Befehl, da bin ich eben mitgelaufen —“

Jacob Boneczyl ist an der Reihe.

„Aber Sie waren doch auf Wache. Sie müssen doch gesehen haben, wie sich alles zugeht hat, Boneczyl!“

„Ich bin doch Trimmer, und da habe ich Mähe zu hieven. Ich war an Deck mit den Achepüken zugange und denke dabei an

gar nichts. Und mit einem Male werden unten keine Püken mehr an den Haken gehängt und keine Mähe kommt mehr nach oben. Und wie ich dann runtergehe und unten antomme, da ist alles voller Leute...“

„Da waren wohl auch fremde Leute, die nicht in den Heizraum hineingehören?“

„Ja, da waren wohl auch fremde Leute dabei.“

„Na, also, wen haben Sie zum Beispiel gesehen?“

„Da waren viele, aber das Licht war doch aus und alles dick voll Dampf, daß ich überhaupt nichts sehen konnte.“

Der Gerichtsoffizier nickt: „Abtreten! Der Nächste!“

Der Nächste ist Kaumtschuh.

Kaumtschuh ist noch immer der Meinung, daß die Zeit des „Verstärkpielens“ vorbei sei. Er steht vor dem Untersuchungsrichter und antwortet auf die Fragen: „Zunächst, ich habe mich am Feuerherausreißen beteiligt. Ich hielt den Vorstoß für zwecklos. Nach meiner Meinung hätte er auch die Friedensverhandlungen gestört — ja, wohl, ich war mir bewußt, daß ich mich durch mein Verhalten strafbar mache, aber ich konnte innerlich einfach nicht dagegen angehen!“

„Dante, das genügt vorläufig!“

Der Gerichtsoffizier läßt Kaumtschuh abführen.

Endlich einer, der ausgelagt hat — aber die ändern! Er hat eine Liste von über hundert Beschuldigten vor sich liegen, die man erst in tage- und wochenlangem Vernehmungen und in der Einzelhaft des Untersuchungsgefängnisses wird müde machen können. Und der Kriegsgerichtsrat beginnt zu ahnen, daß Deutschland nicht mehr genug Gefängnisse für die immer größer werdende Menge von Uebertretern der Kriegsgesetze zur Verfügung hat.

Abends fährt das Geschwader in den Kieler Hafen ein.

„Markgraf“, „Kronprinz“ und „Großer Kurfürst“ machen auf der Reede an den Bojen fest. SMS „König“ fährt weiter bis in die Werft, um in das große Schwimmdock einzuschleusen.

Am diesem Abend bekommt niemand Urlaub.

Nur die Barkasse wird kargemacht und bringt den Kommandanten und den Gerichtsoffizier an Land. Am nächsten Morgen legen Hafendampfer neben den Schiffen an — wie in Wilhelmshaven besetzt von Seejoldaten mit aufgeflossenen Seitengewehren.

(Fortsetzung folgt.)

# Tatsachen oder Behauptungen!

## Antwort an die „SZB.“

Wir haben in der Nummer vom 10. Juni einen wahrheitsgemäßen Bericht über die Besetzung der letzten Sitzung des provisorischen Kampfausschusses veröffentlicht. Wie haben in diesem Bericht die Interessen aller Arbeiter und Gewerkschaften im Kampf um die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront offenbart. Das von der „SZB.“ veröffentlichte „Bericht“ über die Sitzung der SZB. vom 17. Juni — die meisten Tatsachen zu leugnen bzw. zu verzerren und die Wahrheit zu verstellen. Die SZB. behauptet, daß der provisorische Kampfausschuß aus willkürlich zusammengewürfelten Mitgliedern bestünde, und schreibt hierzu folgendes:

„Was ist das? Der provisorische Kampfausschuß? Er ist ein aus willkürlich zusammengewürfelten Mitgliedern bestehendes Gremium von der SZB. unkompetentem Personal zusammengestellt worden. Da in dieser Sitzung der provisorische Kampfausschuß am 17. Juni nicht tagte, wurde er nicht durch den provisorischen Kampfausschuß gewählt. Er wird bei der nächsten Sitzung der SZB. und den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht mehr als Stimm- und Statutenorgan der SZB. anerkannt werden.“

Die Sache ist folgende: Am 1. Juni fand eine wichtige antifašistische Massenversammlung der SPD im „Schiefwerder“ statt. In dieser Versammlung wurde der provisorische Kampfausschuß, dem aus 24.000 Mitgliedern bestehend, einstimmig gewählt. Wir haben gleich in diesem Bericht über diese Versammlung darauf hingewiesen, daß dieses Organ die Vorbereitung der nächsten Aufgaben zur Schaffung der roten Einheitsfront in Breslau zu übernehmen hat. Dieser Ausschuß hat sofort eine Kundgebung der Antifašistischen Aktion für den 1. Juni im „Festsaal“ veranstaltet. Diese Kundgebung, die den Kampf um die rote Einheitsfront schuf, war der erste und wichtigste Schritt des provisorischen Kampfausschusses.

Wer ist dagegen aufgetreten? Nach den ersten tatsächlichen Überlegungen auf Seiten der inneren Partei, die eine grenzenlose Erweiterung der kommunistischen Arbeiterkraft anstrebte, verließen die kommunistischen Mitglieder des provisorischen Kampfausschusses die Sitzung. Durch die Durchführung einer Massenversammlung mit dem Ziel der Schaffung des roten Kampfausschusses. Dies ergab sich der SZB. durch die SZB.-Führung. Manches wollte die Kundgebung verhindern. Damit wäre den sozialfašistischen Führern der „Einheitsfront“, die für die Durchführung ebenfalls eine Kundgebung angefragt hatten, ein demagogisches Manöver ermöglicht worden. Einleitung wurde dann die erste Versammlung der Kommunisten abgehalten. Die Kundgebung wurde fortgesetzt, Genosse Paff von der SZB. schickte die Arbeiter, im Namen des Ausschusses zu fordern, daß die Arbeiter auf Einzelsignaturen für den roten Kampfausschuß unterschreiben sollten.

Die SZB. hat die Kundgebung war ein voller Erfolg. Was spielte die SZB. nach der Stunde vor der Kundgebung in der Sitzung des provisorischen Kampfausschusses im Fiskus Pusch ab?

Die führenden SZB.-Mitglieder des Ausschusses wandten sich gegen die von ihnen gestellten Beschlüsse und versuchten in letzter Stunde die Schaffung des roten Kampfausschusses, die Auslösung der Einheitsfront unter fašistischen Vorwänden zu verhindern. Schließlich, der als Gast an dieser Sitzung teilnahm, erklärte, daß die SZB.-Mitglieder nicht einzeln unterschreiben dürften. Damit wurde die Unterzeichnung der Kommunisten durch die SZB. verhindert.

Die SZB. hat die Kundgebung, die der provisorische Kampfausschuß am 17. Juni veranstaltete, als einen vollen Erfolg betrachtet. Die SZB.-Mitglieder, die die Kundgebung verhindern wollten, wurden durch die SZB.-Führung, die die Kundgebung am 17. Juni in der vierten Sitzung daraufhin erklärt hat, daß er kein Sinn und Zweck haben, nicht teilnehmen sollte. Die SZB.-Mitglieder, die die Kundgebung verhindern wollten, wurden durch die SZB.-Führung, die die Kundgebung am 17. Juni in der vierten Sitzung daraufhin erklärt hat, daß er kein Sinn und Zweck haben, nicht teilnehmen sollte.

Die SZB. hat die Kundgebung, die der provisorische Kampfausschuß am 17. Juni veranstaltete, als einen vollen Erfolg betrachtet. Die SZB.-Mitglieder, die die Kundgebung verhindern wollten, wurden durch die SZB.-Führung, die die Kundgebung am 17. Juni in der vierten Sitzung daraufhin erklärt hat, daß er kein Sinn und Zweck haben, nicht teilnehmen sollte.

Die SZB. hat die Kundgebung, die der provisorische Kampfausschuß am 17. Juni veranstaltete, als einen vollen Erfolg betrachtet. Die SZB.-Mitglieder, die die Kundgebung verhindern wollten, wurden durch die SZB.-Führung, die die Kundgebung am 17. Juni in der vierten Sitzung daraufhin erklärt hat, daß er kein Sinn und Zweck haben, nicht teilnehmen sollte.

Die SZB. hat die Kundgebung, die der provisorische Kampfausschuß am 17. Juni veranstaltete, als einen vollen Erfolg betrachtet. Die SZB.-Mitglieder, die die Kundgebung verhindern wollten, wurden durch die SZB.-Führung, die die Kundgebung am 17. Juni in der vierten Sitzung daraufhin erklärt hat, daß er kein Sinn und Zweck haben, nicht teilnehmen sollte.

Die „SZB.“ sollte sich erst bei ihren Lesern genauer erkundigen, ehe sie Behauptungen aufstellt, die nicht den Tatsachen entsprechen. So verfaßte man eine Sitzung der SZB. in Breslau, in der nur sehr wenige Betriebsarbeiter anwesend waren und in der man aus der Mitte von nicht in Betrieben arbeitenden Arbeitern „Betriebsdelegierte“ für den Kampfausschuß wählte, um in die Schube zu schieben. Die Sitzung war nicht eine Sitzung der SZB., sondern eine Sitzung der SPD. Wir haben keine „Klassenwehren“ und deshalb können wir auch solche Sitzungen nicht abhalten. Diese „Klassenwehren“ sind Produkte der SZB. Wir organisieren den roten Kampfausschuß als wirksamste Waffe gegen den Faschismus. Wenn die „SZB.“ schon schwindelt, so sollte sie es doch nicht so selbsthaft tun! Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung war niemals ihre Stärke. Die „SZB.“ behandelt in ihrem Artikel anschließend eine Versammlung des Waldenburger Einheitskomitees und behauptet falsch, daß dieses Komitee auf Befehl von oben aufgeschoben sei. Die Arbeiter zur Schaffung der kämpfenden Einheitsfront werden in Waldenburg ohne der SZB. fortgesetzt, weil es dort keine SZB.-Organisation gibt. Wahl fungiert dort als Unterbezirksleiter ohne Ortsgruppen und ohne Mitglieder. Es ist nicht unsere Aufgabe mitzuschreiben, daß die SZB. dort in diesem Gebiet keine Organisation schafft. Unsere Aufgabe ist es, dort alles zu tun, daß die SZB. von den Massen isoliert bleibt, und dort wo sie Einfluß auf breitere Teile der Arbeiterschaft ausübt — wie in Breslau —, diese Massen loszulösen und für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen.

Die SZB.-Führer versuchen in letzter Zeit mit Zitierten von Lenin und Stalin ihren bekannten Einheitsfrontbegriff zu rechtfertigen. Die „SZB.“ veröffentlichte in ihrem Artikel „An alle Betriebsarbeiter Breslaus!“ folgende Stelle aus dem Buch von Stalin, „Grundlagen des Leninismus“:

„Die Partei ist die organisierte Truppe der Arbeiterklasse. Aber die Partei ist nicht die einzige Organisation der Arbeiterklasse. Das Proletariat hat noch eine ganze Anzahl anderer Organisationen, ohne die es den richtigen Kampf gegen das Kapital nicht führen kann: Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsorganisationen, Parlamentarischen, parteilose Vereinigungen der Frauen, die Presse, Kultur-, Jugendorganisationen, red. Kampferverbände, während der offenen revolutionären Aktionen sein solcher Kampferverband ist auch unter Kampfbedingungen in Breslau! Die Partei... Zumeist sind es parteilose Organisationen, und nur ein gewisser Teil von ihnen ist direkt an die Partei angegliedert oder stellt eine Abzweigung an die Partei dar. Alle diese Organisationen sind für die Arbeiterklasse unter bestimmten Verhältnissen absolut notwendig, denn ohne sie ist es unmöglich, die Klassenpositionen des Proletariats in den mannigfaltigen Ebenen des Kampfes auszubauen und das Proletariat zu der Kraft zu schmieden, die bereit ist, an die Stelle der bürgerlichen Ordnung die sozialistische zu setzen. Wie kann aber bei diesem Reichtum an Organisationen eine einheitliche Leitung verwirklicht werden? Wo ist die Garantie, daß diese große Zahl von Organisationen nicht zum Durcheinander in der Leitung führen wird? ... Alle diese Organisationen müssen ihre Arbeit in einer Richtung führen, denn sie dienen einer Klasse, der Klasse des

Proletariats. Es fragt sich nun: Wer bestimmt die Linie, die allgemeine Richtung, in der sich diese Organisationen betätigen sollen? Wo ist jene zentrale Organisation, die nur auf der notwendigen Führung beruht, diese allgemeine Linie festzulegen, sondern die auch dank der hierzu erforderlichen Autorität die Möglichkeit hat, diese Organisationen zu veranlassen, diese Linie einzufassen, um eine Einheitlichkeit in der Führung zu erzielen und ein Durcheinander unmöglich zu machen?

Eine solche Organisation ist die Partei des Proletariats!“

Das hat Genosse Stalin, der Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Führer der Kommunistischen Internationale, nicht auf die SZB. gesagt, von der die Genossen Paff in ihrer Erklärung zum Übertritt in die SPD. an Hand von Beispielen behauptet, daß sie konterrevolutionäre Politik betreibt, sondern auf die kommunistische Partei. Genosse Stalin hat auch noch mehr gesagt, und zwar folgendes:

„Was ist die grundlegende strategische Regel des Leninismus? Sie besteht in der Erkenntnis:

1. daß die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution in der Periode der heranwachsenden revolutionären Entscheidung, die Komintern-Parteien sind;
2. daß es unmöglich ist, ohne Isolierung dieser Parteien den Feind (den Faschismus oder die Bourgeoisie) zu stürzen;
3. daß infolgedessen das stärkste Feuer in der Periode der Vorbereitung der Revolution auf ihre Isolierung, auf die Loslösung der breiten Massen der Werktätigen von diesen Parteien gerichtet werden muß.“ (Stalin, „Probleme des Leninismus“, „Marxistische Bibliothek“, Bd. 5, 4. Auflage, „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“, deutsche Ausgabe, S. 137.)

Von der Durchführung dieser grundlegenden strategischen Regel des Leninismus in der Periode der Vorbereitung des Oktober lag Stalin dann folgendes:

„In dieser Periode bildeten die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die gefährlichste soziale Stütze des Imperialismus. Warum? Weil diese Parteien damals die stärksten Parteien waren, die Parteien des Proletariats zwischen dem Imperialismus und den werktätigen Massen. Es ist daher natürlich, daß die Hauptkräfte der Bolschewiki damals gegen diese Parteien gerichtet wurden, denn ohne diese Parteien isoliert zu haben, war es unmöglich, auf einen Bruch der werktätigen Massen mit dem Imperialismus zu rechnen, ohne aber diesen Bruch herbeigeführt zu haben war es unmöglich, auf einen Sieg der Sozialrevolutionäre zu rechnen. Viele begriffen damals nicht diese Eigenartlichkeit der bolschewistischen Taktik und bezichtigten die Bolschewiki des übertriebenen Hasses gegenüber den Sozialrevolutionären und Menschewiki sowie der Außerachtlassung des Hauptziels. Doch zeugte die ganze Periode der Vorbereitung in bereiter Sprache, daß die Bolschewiki nur durch eine solche Taktik den Sieg der Oktoberrevolution sichern konnten.“ (Ebenda, S. 135 u. 130.)

Die Breslauer Partiorganisation wird die Durchführung dieser grundlegenden strategischen Regel des Leninismus mit noch größerem Eifer aufnehmen, wird ihre Einheitsfrontpolitik der Tat trotz aller Verleumdungen der SZB.-Bürokratie und aller anderen Arbeiterfeinde fortsetzen, befreit von dem festen Willen, die sozialdemokratischen, Reichsbanner-, SZB.-Arbeiter und Gewerkschaftslogen auf dem schnellsten Wege für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen.

# Der Unterstützungsabbau der Papen-Notverordnung in Zahlen

Ungeheurerlicher Abbau der Unterstützungen für die Erwerbslosen! Das ist eine der ersten Taten der Regierung Papen-Schleicher, dieser Regierung, die von Hitler unterstützt wird. Seht euch die Zahlen an! Unendliches Elend — noch mehr Hunger — das ist ihr Gesicht.

## Die bisherigen Unterstützungssätze:

Wöchentliche Arbeitszeit	Lehn-Hausunterstützung	Hauptunterstützung mit Familienzuschl.					
		mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6
bis 10 M.	1	5,60	6,00	6,40	6,40	6,40	6,40
über 10—14 M.	2	7,20	7,80	8,40	9,00	9,60	9,60
„ 14—18 „	3	8,00	8,80	9,60	10,40	11,20	12,00
„ 18—24 „	4	8,52	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07
„ 24—30 „	5	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20
„ 30—36 „	6	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80
„ 36—42 „	7	12,68	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43
„ 42—48 „	8	13,50	15,75	18,00	20,25	22,50	24,75
„ 48—54 „	9	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05
„ 54—60 „	10	17,10	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35
„ 60 „	11	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65

## Die neuen Unterstützungssätze:

in der Wohnklasse	in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A							in den Ortsklassen B bis E												
	ohne							mit mehr als 10.000 Einwohnern					mit 10.000 Einwohnern u. weniger							
	1	2	3	4	5	mit 6 oder mehr	ohne	1	2	3	4	5	mit 6 oder mehr	ohne	1	2	3	4	5	mit 6 oder mehr
I	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	4,50	6,70	6,70	6,70	6,70	6,70	6,70
II	8,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	8,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	4,50	6,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10
III	7,20	9,00	10,80	12,60	12,60	12,60	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60
IV																				
V	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	16,20	18,00	6,00	7,50	9,00	10,50	12,00	13,50	15,00
VI																				
VII	9,90	12,80	14,70	17,10	19,50	21,90	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	16,20	18,00
VIII																				
IX																				
X	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20
XI																				

Jeder Werkstätige kann an Hand dieser Ziffern feststellen, wie die schon bisher viel zum niedrigen Unterstützungssätze durch die Notverordnung der Papen-Hitler zusammengestrichen wurden.

Dieser Abbau ist unerträglich! Demgegenüber gibt es nur Kampf in breitester Einheitsfront aller Werktätigen. Arbeitslose, schart euch in Massen um die Erwerbslosenausschüsse, stellt eure Gegenforderungen, erhebt überall machtvoll eure Stimme!

**Die Antifašistische Aktion der in breitester Einheitsfront kämpfenden Betriebstätigen und Arbeitslosen wird über die fašistische Reaktion siegen!**